

# AUSDRUCK

## Das IMI-Magazin Ausgabe Juli 2003

### Inhaltsverzeichnis

*Läibr Henken*

Von den Streitkräften zur Landesverteidigung zur „Armee im Einsatz“  
- Die Bundeswehr verlässt den Boden des Grundgesetzes S. 1

*Arno Neuber*

EU droht mit weltweitem Interventionismus S. 4

*Christoph Marischka*

Europas schlechte Verfassung: Aufrüstung nach Innen und Außen  
S. 5

*Christoph Marischka*

Generalprobe für EU-Militär im Kongo S. 7

*Claudia Haydt/Tobias Pflüger*

Grenzenlose Militärmacht Deutschland und Nebenkriegsschauplätze  
Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) S. 8

*Claudia Haydt*

Road Map + „Demokratisierung“ = Frieden?  
oder Road Map to Hell? S. 10

*Jürgen Wagner*

Klartext - Paul Wolfowitz benennt die wahren Gründe für den  
US-Angriffskrieg gegen den Irak S. 13

*Dirk Eckert*

Wiederaufnahme der Atomwaffenforschung in den USA S. 16

*Jürgen Wagner*

Here to stay - Washington richtet sich auf eine dauerhafte  
Militärpräsenz im Irak und der Region ein S. 17

# Editorial:

Der hier erstmals vorliegende **Ausdruck** trägt wichtige IMI-Texte der letzten Zeit zusammen. Ziel ist es, diese einem breiteren Kreis zur Verfügung zu stellen. Einige der Texte sind bereits an anderer Stelle erschienen und die meisten finden sich auch auf der IMI-Homepage (siehe genaue Angaben weiter unten). Sie hier ein weiteres Mal zu publizieren soll jenen, die kaum oder nur gelegentlich im Internet und auf unserer Homepage sind Aktuelles und Wichtiges kompakt präsentieren. Darüberhinaus soll dem Wunsch vieler auch regelmäßiger Besucher nachgekommen werden, eine ausgedruckte Fassung der zentralen Texte an die Hand zu bekommen. Wir haben die Form eines Rundbriefes gewählt, da es keine einmalige Angelegenheit sein soll, sondern eine regelmäßige Publikation, die wir, wenn das Konzept angenommen wird fest etablieren wollen. In Zukunft ist auch geplant einige Texte exklusiv für diese Publikation zur Verfügung zu stellen.

Inhaltlich finden sich bereits in diesem ersten **Ausdruck** Beiträge zu zahlreichen unserer Arbeitsschwerpunkte. Während die Konflikte in Afghanistan und dem Irak zunehmen, werden die vorgeschobenen Gründe für den US-amerikanischen Angriffskrieg gegen den Irak immer offensichtlicher. Dennoch bereitet man sich auf eine dauerhafte Besetzung des Landes vor, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu schweren Konflikten führen wird.

Neben der Kritik an dem US-amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ konzentrieren wir uns natürlich auch weiterhin auf die Umstrukturierung der Bundeswehr zur global einsetzbaren Interventionstruppe. Insbesondere die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien stellen hierfür einen weiteren „Meilenstein“ dar. Sie werden ebenso kritisch analysiert, wie die zunehmende Militarisierung der Europäischen Union, die in Zukunft sicher einen Schwerpunkt unserer Arbeit darstellen wird. In diesem Kon-

text scheint es uns besonders wichtig, die Motivation für den sogenannten „Kongo-Einsatz“ als Eisbrecher europäischer Kriegseinsätze klar heraus zu arbeiten, mit dem sich ebenfalls ein Beitrag beschäftigt. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit dem Konflikt Israel-Palästina, der uns wohl auch in Zukunft weiter beschäftigen wird.

Wir hoffen hiermit wichtige kritische Informationen zur gegenwärtigen Lage zusammengestellt zu haben. Natürlich ist gerade die erste Ausgabe einer „frischen“ Publikation immer auch mit etwas experimentieren verbunden. Es gibt sicher noch zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung. Deshalb sind wir auf Anregungen, Verbesserungsvorschläge, Kritik (aber natürlich auch gerne Lob) angewiesen. Über möglichst viele Rückmeldungen würden wir uns deshalb sehr freuen.

## Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Lühr Henken: Der Text ist der Homepage des Kasseler Friedensratschlags entnommen (<<http://www.friedensratschlag.de>> )

Δ IMI-Standpunkt 2003/063 - in: UZ Nr. 26/2003 : EU droht mit weltweitem Interventionismus <<http://www.imi-online.de/2003.php3?id=601>> 25.6.2003, Arno Neuber

Δ IMI-Standpunkt 2003/052 - in: attac-Massenzeitung: Resist the G 8 - Auf nach Evian, Einig in den Kernfragen <<http://www.imi-online.de/2003.php3?id=567>> oder: der G 8 Gipfel und der Irakkrieg 2.6.2003, Tobias Pflüger

Δ IMI-Standpunkt 2003/055 - in: Telepolis, 21.05.2003: Wiederaufnahme der Atomwaffenforschung in den USA <<http://www.imi-online.de/2003.php3?id=580>> Vorgesehen ist die Entwicklung von taktischen Atombomben im Rahmen der veränderten Sicherheitsstrategie, 2.6.2003, Dirk Eckert

Δ IMI-Analyse 2003/020 - in: IMI-List 170, 22.05.2003, ISSN: 1611-2563 Grenzen-

lose Militärmacht Deutschland und Nebenkriegsschauplätze, Claudia Haydt und Tobias Pflüger

Δ IMI-Analyse 2003/019, ISSN 1611-213X, in: IMI-List 169, 06.05.2003, Road Map to Hell?, Claudia Haydt

Δ IMI-Analyse 2003/021 - in: Graswurzelrevolution Nr. 280, 32. Jahrgang, Juni 2003, S. 1-2, Here to stay <<http://www.imi-online.de/2003.php3?id=588>>

## Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: **1662832** bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:  
**Informationsstelle Militarisierung e.V.**  
**Hechingerstr. 203**  
**72072 Tübingen**

Telefon: **07071/49154**  
Fax: **07071/49159**  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

# Von den Streitkräften zur Landesverteidigung zur „Armee im Einsatz“ Die Bundeswehr verlässt den Boden des Grundgesetzes

von Lübr Henken

Bevor ich auf die aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien und der Berliner Rüstungspolitik eingehe, möchte ich noch zurück gehen in der Geschichte und den Begriff „Streitkräfte zur Landesverteidigung“ beleuchten sowie auf entsprechende Grundgesetzartikel und das Urteil des Bundesverfassungsgericht von 1994 eingehen.

Landesverteidigung suggeriert, dass die Bundeswehr etwas eher Defensives, etwas Reaktives charakterisiert. Die Bundeswehr als Instrument des Schutzes. Aber war es denn so? Meines Erachtens nicht.

Landesverteidigung fand seit Gründung der Bundeswehr am 1.1.1956 immer im Rahmen von Bündnisverteidigung statt, denn die westdeutsche Bundesrepublik trat mit Inkrafttreten der „Pariser Verträge“ am 5.5.1955 der NATO bei. Sie war also schon vor der Bundeswehrgründung NATO-Mitglied. Die NATO verstand sich nach Außen als ein „System kollektiver Selbstverteidigung“ oder als Beistandspakt, was durch den Artikel 5 des NATO-Vertrages definiert ist.

Die NATO hatte jedoch real einen anderen Charakter, den eines aggressiven, auf die Eindämmung und Vernichtung der Sowjetunion und die anderen mit ihr verbündeten osteuropäischen Staaten zielenden Militärpakts. Die Pariser Verträge gestatteten der Bundesrepublik den Aufbau einer Armee von bis zu 500.000 Mann mit schwerem Gerät und die Unterzeichnerstaaten bekräftigten den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bis an Oder und Neiße. Die Spannungen in Europa wuchsen mit dem Beitritt Westdeutschlands zur NATO, so dass dies die Gründung des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955 nach sich zog.

Die Militärdoktrinen der NATO waren geprägt von der „Vorwärtsstrategie“ oder „Vorneverteidigung“ und von der „Strategie der massiven Vergeltung“. Letztere wurde 1967 abgelöst von der „Strategie der flexiblen Reaktion“, einer Atomkriegs-

führungsstrategie, die sowohl von einer Begrenzbarkeit eines Atomkrieges als auch von einem umfassenden Atomkrieg ausging. Im Vordergrund stand vor allem die Verunsicherung der Warschauer-Pakt-Staaten. Die USA rüsteten in jeder der 12 strategischen Atomwaffenarten und ihren Trägersystemen jeweils vor, während die UdSSR jedesmal nachzog. USA und NATO waren die treibende Kraft des Wettrüstens.

Die konservativen Regierungen der BRD entwickelten die Bundeswehr bis in die Mitte der 70er Jahre hinein zum aggressivsten Teil der europäischen NATO-Staaten. Die Bundeswehr stellte damals die stärkste Landarmee, rund 50 Prozent aller NATO-Divisionen, 50 Prozent aller Kampfpanzer, 40 Prozent der Raketenwaffen und 30 Prozent der Kampfflugzeuge. Die NATO entfaltete ihre militärische Hauptkraft in Zentraleuropa und an den Ostseeausgängen.

Mit dem NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 versuchte die NATO den Kurs der Entspannungspolitik auszuhöhlen und setzte auf die volle Konfrontation. Insbesondere die perfide Stationierung der für den atomaren Erstschlag neu entwickelten atomaren Präzisionswaffen Pershing II und Cruise Missiles in Europa erzeugte im Warschauer Pakt einen unerhörten Druck, weil durch die Entwicklung des weltraumgestützten US-Abfangsystems SDI die sowjetische Gegenschlagskapazität wirkungslos zu werden drohte. Mit der Reagan-Regierung wuchsen die Militärausgaben in den USA gewaltig an: Allein in den ersten Reagan-Jahren 1981 - 85 gaben die USA für das Militär 1.200 Mrd. \$ aus, in den nächsten 5 Jahren bis 1990 weitere 1.700 Mrd. \$. Die Sowjetunion konnte nicht mithalten, so dass Gorbatschow 1987 nur die ungleichgewichtige Abrüstung übrig blieb. Reagan hielt an SDI fest. Die Reagan-Administration hatte mit ihrer Superrüstung der Sowjetunion den Todesstoß versetzt.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik hatten ihr Ziel, die so genannte Wie-

dervereinigung erreicht. Die NATO war die Siegerin im Kalten Krieg. Ihr kam der Feind abhandeln. Sie suchte - wie die Bundeswehr auch - nach einer Zukunftsperspektive.

Mit der Erklärung des NATO-Gipfels vom 8. November 1991 wurde zügig ein wegweisendes „Neues Strategisches Konzept des Bündnisses“ verabschiedet, das im Wesentlichen das NATO-Einsatzgebiet „out of area“ erweitert. Dort heißt es: „Die Sicherheit des Bündnisses muß jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten.“ Deshalb orientierte das Konzept die NATO-Mitglieder erstmalig auf den Aufbau von „Sofort- und Schnellreaktionskräften“, über die damals lediglich die USA verfügten. Für Deutschland tauchte im „Stoltenbergpapier“ vom 20. Januar 1992 in Umsetzung dieses Konzepts erstmals der Aufbau von „Krisenreaktionskräften“ der Bundeswehr auf. Als Ziel formulierte das „Stoltenbergpapier“: „Die Bundeswehr hat den Auftrag [...] nach klarstellender Ergänzung des Grundgesetzes an kollektiven Einsätzen über die NATO hinaus im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen (Kapitel VII) teilzunehmen“ (Blätter für deutsche und internationale Politik 4'92, S. 506 bis 510). CDU/CSU und FDP waren damals die einzigen im Bundestag vertretenen Parteien, die Kampfeinsätze der Bundeswehr befürworteten.

Minister Rühle erließ am 26.11.1992 verbindliche „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR). Brisant ist darin die Festlegung deutscher Interessen: Deutschland wird in den VPR „als kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen“ definiert. Die Richtlinien legten als „deutsche vitale Sicherheitsinteressen“ u.a. „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ (Blätter 9'93, S. 1137 bis 1151) fest. Mit anderen Worten: deutsches Militär soll für deutsche wirtschaftliche Interessen eingesetzt werden. Eine parlamentarische Debatte, geschweige denn eine öffentliche fand nicht statt. Kern dieses strategischen Grundlagenpapiers ist die Festlegung der Um-/und Aufrüstung der Bundeswehr in „Krisenreaktionskräfte“ und „Hauptverteidigungskräfte“ (HVK).

In den Jahren 1992 bis 94 versuchte die Kohl-Regierung in einer beispiellosen „Salamitaktik“ das Bundeswehr-Image eines altertümlichen Fossils des Kalten Krieges mit dem Slogan „Schützen - Retten -

Helfen“ parallel zu stetig wachsenden Militäreinsätzen über Jugoslawien und in der Adria bis hin nach Kambodscha und Somalia neu zu definieren. Systematisch war sie bestrebt, alle psychologischen Hemmschwellen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zum nationalen Einsatz des deutschen Militärs zu beseitigen, und die Bundeswehr zu einem Instrument der deutschen Außenpolitik zu machen.

Die SPD-Bundestagsfraktion reichte beim Bundesverfassungsgericht Klage ein, um prüfen zu lassen, ob es rechtens sei, dass die Regierung 1992 Fregatten und Flugzeuge im Rahmen von WEU und NATO zur Überwachung des Jugoslawien-Embargos in die Adria entsandte. SPD- und FDP-Fraktion reichten 1993 Klage ein gegen die Teilnahme von Bundeswehroffizieren an AWACS-Flügen über Jugoslawien. Ebenfalls 1993 klagte die SPD-Fraktion gegen die deutsche Beteiligung am UNOSOM II-Kontingent in Somalia. Alles Missionen, für die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats vorlagen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts überraschte. Viele hatten damit gerechnet, dass es den Klägern recht gebe und nun eine Grundgesetzänderung fordern würde. Jedoch das Gegenteil war der Fall. Die Klagen wurden verworfen, bzw. zurückgewiesen. Das Grundsatzurteil besagt, dass Kampfeinsätze der Bundeswehr auch außerhalb des Bündnisgebiets von NATO und WEU rechtens sind. Die Regierung hatte die Verfassung nur insofern gebrochen, als sie den Bundestag nicht „konstitutiv“ an der Entscheidung beteiligt hatte. Dies sei mit einer mehrheitlichen Abstimmung künftig notwendig. Zuvor war ein jahrelanger Streit darüber geführt worden, ob es einer Grundgesetzänderung

bedürfe, um Out-of-Area-Einsätze verfassungsrechtlich wasserdicht zu machen. CDU/CSU und FDP hatten sich bereits darauf in einem mühsamen Tauziehen geeinigt. Die zur Grundgesetzänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag scheiterte allerdings an der SPD, die lediglich leicht bewaffneten Blauhelm-Einsätzen - keinesfalls Kampfeinsätzen - unter UNO-Mandat zustimmen wollte. Nun bescherte das Bundesverfassungsgericht der Regierung ein Gefälligkeitsurteil. Die Bundesrepublik habe sich gemäß Artikel 24 a des Grundgesetzes Systemen „gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ angeschlossen und damit seien das Vorgehen dieser Organisationen und die Teilnahme der Bundeswehr daran verfassungsrechtlich gedeckt. Und nun kommt der Trick: „Auch Bündnisse kollektiver Selbstverteidigung können Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne von Art. 24 Abs. 2 GG sein, wenn und soweit sie strikt auf die Friedenswahrung verpflichtet sind.“ (antimilitarismus-information ami 9/94, S. 30). Damit setzt das Bundesverfassungsgericht die kollektiven Sicherheitssysteme UNO und KSZE gleich mit den Systemen kollektiver Selbstverteidigung NATO und WEU.

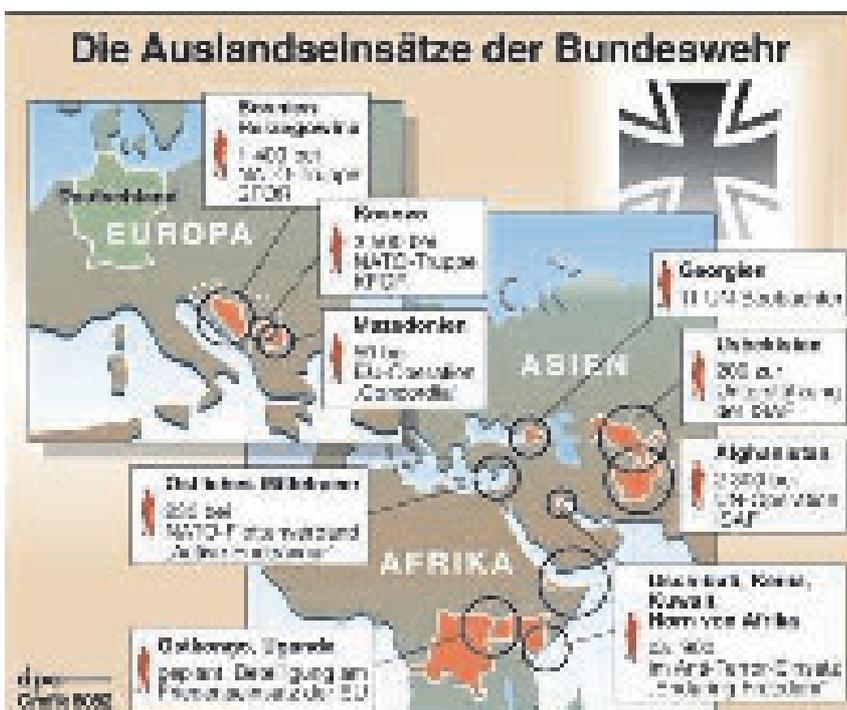
Das ist nach wie vor unzulässig. Denn der Charakter eines Systems kollektiver Sicherheit beruht darauf, dass beide Kontrahenten in ein und derselben Organisation Mitglied sind. Das ist bei NATO und WEU nicht der Fall. Wie wurde diese Gleichsetzung begründet? Aus Erklärungen von NATO, WEU und der Bundesregierung las das Bundesverfassungsgericht heraus, dass sich diese Organisationen zu Systemen kollektiver Sicherheit gewandelt hätten. Das ist schon erstaunlich. Denn die Verträge haben

sich nicht geändert und die Erklärungen unterscheiden sich auch nicht in ihrem pro-saischen friedvollen Selbstverständnis von vor 1989.

Bemerkenswert ist das Minderheitenvotum von vier der acht Bundesverfassungsrichter. Sie waren der Meinung, dass die Out-of-Area-Einsätze der NATO in der Adria einer Änderung des NATO-Vertrags gleichkommen, und die Bundesregierung, weil sie am Zustandekommen der entsprechenden neuen NATO-Strategie beteiligt war, den Bundestag deshalb am Verfahren hätte beteiligen müssen. In der Urteilsbegründung für ihre Ablehnung heißt es wörtlich: „Sowohl die NATO als auch die WEU sind gemäß den Gründungsverträgen Verteidigungsbündnisse. Sie richten sich mit dem Versprechen des gegenseitigen Beistands gegen bewaffnete Angriffe auf eines oder mehrere ihrer Mitglieder. Die Übernahme von friedensichernden und friedensschaffenden Maßnahmen in Drittländern unter der Ägide der Vereinten Nationen ist nicht als Aufgabe im Vertragstext angelegt. Derartige Missionen lassen sich auch nicht aus den Präambeln und ihren Zielbestimmungen rechtfertigen.“ (Blätter 9/94, S. 1141).

Der Bruch geht quer durch das Bundesverfassungsgericht. Es gibt eine grundlegende Unterscheidung zwischen einem klassischen Verteidigungsbündnis und einem System kollektiver Sicherheit. Folglich ist die Auffassung in weiten Teilen der Friedensbewegung nach wie vor richtig, dass mit der Orientierung der Bundesregierung auf Out-of-Area-Einsätze Artikel 87 a des Grundgesetzes gebrochen wird. „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf,“ heißt es dort und meint die Verteidigung, somit ein klassisches Verteidigungsbündnis. Die NATO und die WEU, die in die militarisierte EU aufgeht, nun als kollektive Sicherheitssysteme umzuinterpretieren, ist weiterhin abzulehnen.

Die Bundesregierung unter Kohl machte sich den Spruch des Verfassungsgerichts zu eigen, SPD und Grüne nach und nach auch. Mit der Regierungsübernahme 1998 setzte die rot-grüne Bundesregierung den eingeschlagenen Kurs Kohls auf Militärinterventionismus fort. Sie piff sogar auf das Grundgesetz, als sie sich 1999 aktiv am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO - ohne Mandat der UNO - beteiligte. Sie stellte selbst die Beschlüsse der Kohl-Regierung in den Schatten als sie im Juni 2000 beschloss, die sogenannten Einsatzkräfte bis zum Jahr 2006 auf 150.000 Mann zu verdreifachen. Ziel dieser qualitativen Kampfwertsteigerung der Bundeswehr ist es, sie zu befähigen, neben kleinen Operationen zeitgleich zwei Operationen/



Kriege mit je 10.000 Soldaten oder eine große Operation/Krieg mit bis zu 50.000 Soldaten führen zu können. Die Regierung hält auch an dem Beschluss fest, sich an der weltweit einsetzbaren Schnellen Eingreiftruppe der EU, die bis Ende 2003 einsatzbereit sein soll, in der Größe von 80.000 Mann zu beteiligen. Mit 18.000 Mann bietet Rot-Grün das größte nationale Kontingent an und schickt sich an, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu prägen. Zudem hat sie sich bereit erklärt, sich an der von den USA vorgeschlagenen 21.000 Mann starken Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force, NRF) zu beteiligen, die außerhalb des NATO-Gebiets im Namen der Terroristenjagd oder des angeblichen Kampfes gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden soll.

Zur Umsetzung der Fähigkeit, weltweit angriffsfähig zu werden, wurden für die Bundeswehr wesentliche neue Waffensysteme in Auftrag gegeben. Ich will hier nur die jüngsten und wichtigsten Beschaffungsentscheidungen erwähnen. Im Juli 2002 entschied Rot-Grün, TORNADOS und später die EUROFIGHTER mit Marschflugkörpern TAURUS auszurüsten. In den Jahren 2004 bis 2009 sollen der Luftwaffe insgesamt 600 TAURUS für 570 Mio. Euro zugeführt werden. TAURUS kann, aus einer Entfernung von bis zu 350 km abgeschossen, mittels der 500 kg schweren Gefechtsladung noch 4m dicken Beton durchschlagen. In diesem Jahr wird für die TORNADOS und später EUROFIGHTER die Anschaffung von laser-gelenkten 1000 kg-Spreng- und Penetrationsbomben gegen Bunker, Flugzeug-Unterstände, Brücken, Industrieanlagen usw. abgeschlossen sein. Für 8,33 Mrd. Euro beschloss der Bundestag vor zwei Wochen die Anschaffung von 60 Military-Airbussen zum weltweiten Transport von Vorauskommandos der schnellen Eingreiftruppen von EU und NATO samt gepanzerten Fahrzeugen. Ende 2001 wurde für 320 Mio. Euro der Bau eines nationalen radargestützten Spionage-Satellitensystems SAR-Lupe, das ab 2005 im Orbit installiert werden soll, in Auftrag gegeben. Damit soll weltweit unter allen Wetterbedingungen der ungefilterte nationale Zugriff auf Rohdaten die „eigenständige nationale Urteils-, Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit“ (Material- und Ausrüstungskonzept der Bundeswehr, MatKonz, März 2001) der Bundeswehr ermöglicht werden.

Im März 2002 wurde das erste von vier U-Booten des Typs 212 bei HDW in Kiel getauft. Diese neuen U-Boote werden die kampfstärksten konventionellen U-Boote der Welt. Ihre Brennstoffzellenantriebstechnik ermöglicht eine weitgehende Außenluf-

tunabhängigkeit, so dass sie nicht nur quasi lautlos, sondern auch lange, nämlich bis zu drei Wochen, ununterbrochen unter Wasser bleiben und dabei 22.000 km zurücklegen können. Ihre Kampfstärke wird erreicht durch sechs neuartige deutsche Schwergewichtstorpedos SEEHECHT, die eine Reichweite von 50 km und eine Geschwindigkeit von 90 km/h haben. Das stellt einen erheblichen Qualitätssprung gegenüber dem Vorgängermodell dar, das lediglich Schiffe in 20 km Entfernung treffen konnte. Zudem - und das ist ein Novum - kann der SEEHECHT nicht nur Überwasserschiffe, sondern auch U-Boote versenken. Von U-212 sind vier Boote in Auftrag gegeben worden. Sie sollen bis 2006 fertiggestellt sein. Für vier weitere ist im Bundeswehrplan 2002 (gültig 2002 bis 2014) das Geld eingestellt. Die Marine wünscht darüber hinaus noch weitere vier U-Boote dieses Typs. Anfang Dezember 2002 wurde der Auftrag für die Serienvorbereitung der Schwergewichtstorpedos SEEHECHT von Minister Struck an STN in Wedel bestätigt.

Im Dezember wird die erste von drei Fregatten der neuen Klasse F 124 in Dienst gestellt. Die beiden andern Fregatten sind noch in Emden und Kiel in Bau und folgen 2005 und 2006. Eine Fregatte dieser SACHSEN-Klasse kostet rund 700 Mio. Euro. Sie ist die teuerste deutsche Waffe aller Zeiten. Erstmals kann eine deutsche Fregatte damit einen gesamten Einsatzverband vor anfliegenden Flugkörpern schützen. Damit ist der Verband quasi unverwundbar. In engem Zusammenhang damit wurden im Dezember 2001 fünf Korvetten in Auftrag gegeben. Sie sind speziell für den Beschuss fremden Territoriums aus dem küstennahen Bereich heraus konzipiert. Je zwei Korvetten werden bei Blohm+Voss in Hamburg und bei Lürssen in Bremen und eine bei TNSW in Emden gebaut. Die Aufrüstung kostet sehr viel Geld. Deshalb wird Kriegsgeschütz, das während des Kalten Krieges den Kern der Landesverteidigung stellte, stillgelegt wie Kampfpanzer, Schnellboote und das Marinefliegergeschwader. Freiwerdendes Geld kommt nicht der Gesellschaft in Form von sogenannter Friedensdividende zu Gute, sondern wird für kostspielige Aufrüstungsprogramme eingesetzt. So hat der Bundesrechnungshof ermittelt, dass der Betrag für die Beschaffung neuer Waffen inkl. der Kosten für ihre Forschung, Entwicklung und Erprobung von 4,4 Mrd. Euro 2002 auf über 7,8 Mrd. Euro im Jahr 2010 wachsen wird. Immerhin + 78 %. Preissteigerungen sind darin allerdings noch gar nicht enthalten. Seriöse Quellen schätzen, dass in den kommenden zwanzig Jahren allein für neue Waffen 140 bis 150 Mrd. Euro ausgegeben werden sollen,

wenn die Planungen umgesetzt werden.

Das ist der Hintergrund dafür, dass Verteidigungsminister Struck schon jetzt sagt: Nach 2006 muss der Bundeswehrhaushalt wachsen. Und dies nicht nur wegen der neuen Waffen, die angeschafft werden sollen, sondern wegen des Daseinszwecks der Bundeswehr: weltweite Einsätze. Das zweifelhafte Verdienst dieser rot-grünen Regierung ist es, dass sie die Auslandseinsätze der Bundeswehr in ihrer Regierungszeit so hoch gefahren hat, dass die Kosten im letzten Jahr mit 1,6 Mrd. Euro etwa 10 mal so hoch lagen wie zu Beginn der Regierungsübernahme. Zur Zeit sind etwa 9.000 Mann im Auslandseinsatz. Damit ist die Bundesrepublik nach den USA und Großbritannien derzeit die Nummer drei auf der Liste der Truppensteller im Ausland. Wahrscheinlich eine Bundeswehr im Einsatz.

Das soll augenscheinlich noch nicht alles sein: Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai stellen fest, dass sich Bundeswehreinätze künftig „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen lassen.“ Mit anderen Worten, die Bundeswehr wird im breiten Spektrum von humanitärer Hilfe über Peacekeeping und Terroristenbekämpfung bis zum Krieg rund um den Globus eingesetzt. Verteidigungsminister Struck hat mit seinem markigen Ausspruch, dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werde, deutlich gemacht, dass seine Reform den endgültigen Abschied von einer Verteidigungsarmee darstellt, wie sie im Grundgesetz vorgeschrieben ist. (Art. 87a).

Die neuen VPR orientieren die Bundeswehr auf den permanenten weltweiten Einsatz und setzen dabei sowohl auf die NATO, als auch auf [Zitat] „selbständiges europäisches Handeln, wo die NATO nicht tätig sein will oder muss.“ Das Schwergewicht der deutschen Interessen liegt dabei in der Militarisierung der Europäischen Union. Das machte kürzlich auch die Regierungserklärung Schröders am 3. April deutlich. Er unterstrich, dass die EU ihre militärischen Fähigkeiten verbessern müsse. Er betonte den zusammen mit Chirac eingebrachten Vorschlag, „das Amt eines europäischen Außenministers zu schaffen“, für den wenig später der deutsche Außenminister als favorisierte Kraft ins Spiel gebracht wurde. Und er setzte sich für eine Beschlussfassung mit „qualifizierter Mehrheit“ im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ein.

Ende April 2003 trafen sich dann die vier Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs auf Einladung Belgiens. Sie beschlossen sieben konkrete Projekte für eine engere militä-

rische Kooperation. In der gemeinsamen Erklärung heißt es zwar: „Die transatlantische Partnerschaft bleibt für Europa eine grundlegende strategische Priorität“ und die FAZ stellte fest, dass mehrfach „das Bild von einem zweiten, gleichwertigen Pfeiler in der Allianz benutzt“ wurde (FAZ 30.4.03) es wurde betont, dass alle EU-Mitglieder einbezogen werden sollen. Jedoch der folgende Punkt steht markant im Gegensatz zu den atlantischen Treueschwüren. Es ist der Punkt 6 der Beschlüsse, der wörtlich lautet: „Schaffung eines Nukleus einer kollektiven Fähigkeit zur Planung und Führung von Einsätzen für die EU. Sie soll die EU anstelle nationaler Mittel für EU-geführte Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO zur Verfügung gestellt werden können. Ihre Verbindung zum NATO-Hauptquartier und zu nationalen Stellen soll eng bleiben.“ (FAZ 30.4.03) Diese Initiative kommt zu einem Zeitpunkt, nachdem erst im Januar nach zwei Jahren quälenden Streits zwischen Griechenland und der Türkei die NATO der EU den automatischen Zugriff auf ihre Planungsressourcen dauerhaft zugesichert hat.

Für mich markiert dieser Punkt den offiziellen Einstieg in die Verselbständigung der militarisierten EU. Er widerspricht den Bedingungen, die die Clinton-Regierung an die Militarisierung der EU stellte, nämlich. „bestehende Strukturen nicht (zu) verdoppeln“ (FAZ 19.6.2000). Erbitterter Widerstand der USA, Großbritanniens und Spaniens ist zu erwarten. Die letzten beiden haben bereits im EU-Konvent ihre Einwände gegen Mehrheitsentscheidungen zu Protokoll gegeben. Es solle bei militärischen Entscheidungen der EU das Veto-recht gelten. Die Verselbständigung der militarisierten EU unter deutscher Führung ist Programm: Deutschland wird ab 2005 als einziger EU-Staat über ein weltumspannendes hochauflösendes Aufklärungssatellitensystem (SAR-Lupe) verfügen. Und ab 2008 ist das globale EU-Navigationssystem Galileo funktionstüchtig. Es ist auch militärisch nutzbar, wenngleich es demonstrativ als ziviles Projekt firmiert. Deutschland trägt mit 21 Prozent den größten nationalen Anteil an den Kosten und erhält daher auch den entsprechend höchsten Anteil an den Investitionen zugesprochen. Folglich ist der Hauptsitz des Industriekonsortiums in Deutschland und es erhält damit die Systemführerschaft bei den Satelliten. (NZZ 26.5.2003)

Bei der EU-Eingreiftruppe, die Ende dieses Jahres einsatzfähig sein soll, handelt es sich nicht um eine „militärische Komponente“ der EU, wie Bundespräsident Rau in seiner Berliner Rede kürzlich verharmlo-

send sagte, sondern um eine veritable Streitmacht, die neben Heeresverbänden und 336 Kampfflugzeugen auch 100 Schiffe umfasst (davon u.a. 4 Flugzeugträger, 17 Fregatten, 5 Korvetten und 7 U-Boote). Der EU-Einsatz in Mazedonien ist der Anfang. Wie eilig es die EU mit ihrer Militarisierung hat, zeigt ihr Eifer bei der Stationierung von Truppen im Kongo. Die Ausrichtung der EU auf eine Militarisierung ist der grund-

falsche Weg. Die Friedensbewegung muss den Kampf gegen die Militarisierung der EU verstärken, denn sie führt zu einem neuen Wettrüsten.

Lühr Henken ist Sprecher beim Hamburger Forum für Frieden und Völkerverständigung, Sprecher im Bundesausschuss Friedensratschlag sowie Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

## EU droht mit weltweitem Interventionismus

von Arno Neuber

Bei einem Gipfeltreffen am 29. April 2003 in Brüssel hatten die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburg Druck für ein militärisches Kerneuropa gemacht und verlangt, das Prinzip der „verstärkten Zusammenarbeit“ auf dem Gebiet der Militärpolitik in der künftigen EU-Verfassung zu verankern. So sollte eine Militärachse Paris-Berlin legitimiert werden, die notfalls auch ohne Großbritannien, die EU-Militarisierung vorantreibt.

Beim EU-Gipfel im griechischen Porto Carras (bei Thessaloniki) wurde jetzt ein Strategie-Papier für eine europäische Militärpolitik einstimmig akzeptiert. Nicht nur die Deutschen und Franzosen, auch Londons Regierungschef Tony Blair soll das Dokument mit dem Titel „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ geradezu „enthusiastisch“ begrüßt haben.

### Worum geht es in dem Papier?

Die EU übernimmt die Interventionsstrategie des US-Militärs und die seit Afghanistan und Irak gängigen Argumentationsmuster. Nun will auch die Europäische Union beim Kampf gegen „Terrorismus und Massenvernichtungswaffen“ global militärisch agieren. Hinter der scheinbar harmlosen Floskel vom „preemptiven Engagement“ versteckt sich die Drohung mit „robusten Interventionen“. Die EU will in ihrer Außenpolitik die „Schwelle zu Eingriffen, auch zu militärischen“ senken. Presseberichten ist zu entnehmen, die EU sei auch zu Militäraktionen gegen Staaten bereit, „die zwar nicht den internationalen Frieden gefährden, sich aber in ihrer heimischen Politik nicht an internationale Normen halten.“ Diese Staaten, so wird in bester Bush-Manier mit dem Colt gefuchelt, müssten wissen, dass sie „einen Preis zu zahlen haben“. Dieser Preis „könne im äußersten Falle ein Regimewechsel sein“.

Namentlich wird im Solana-Papier Nordkorea als mögliches Ziel genannt. Bereits im Vorfeld des Treffens hatte es massive Drohungen gegen den Iran gegeben. „Wir sind besorgt über die mögliche Nuklearisierung eines nahöstlichen Staates“, erklärte der deutsche Außenminister. Die EU werde das verhindern, mit „allen unseren Möglichkeiten.“ Beweise für diese Behauptung - auch hier hat man sich ganz der US-Vorgehensweise angenähert - wurden nicht vorgelegt.

Nachdem Deutschland und Frankreich im Mai bereits einer Resolution des UN-Sicherheitsrates zugestimmt hatten, in der der Irak-Krieg faktisch nachträglich legitimiert wurde, hat man nun in Brüssel eine eigene „Achse des Bösen“ konstruiert, die mit der us-amerikanischen deckungsgleich ist. Markenzeichen einer EU-imperialistischen Politik soll - in Abgrenzung zur US-Strategie - eine „auf Regeln basierende weltweite Ordnung“ (Frankfurter Rundschau, 21.06.03) sein. Voraussetzung dafür ist nach Auffassung der EU allerdings, dass das internationale Recht zuvor der aktuellen Lage „angepasst“ und „weiterentwickelt“ wird. In der Neuinterpretation von geltendem Recht hat man es bekanntlich insbesondere in Deutschland weit gebracht, wie Strucks jüngste Devise von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch belegt.

Das EU-Strategie-Papier stellt die derzeitige militärische Dominanz der USA fest, will es aber damit nicht bewenden lassen. Über die derzeit 160 Milliarden Euro hinaus, werden die EU-Mitgliedsländer zur weiteren Erhöhung der Rüstungsetats aufgefordert. Man will auch militärisch „wieder Anschluss an Amerika finden.“ (FAZ, 21.06.03) Selbstbewusst wird der US-Führung eine globale Interventionspartnerschaft angeboten. „Zusammen mit Amerika

könne die Europäische Union hervorragend das Gute in der Welt stärken.“

Bis Dezember soll nun der EU-Minister rat zusammen mit der EU-Kommission auf der Grundlage des Solana-Papieres ein detailliertes strategisches Dokument erarbeiten. Zu formulieren sein wird auch eine EU-Position zur NATO. Joschka Fischer, erster Kandidat für den künftigen Posten des EU-Außenministers, hat bereits vorgearbeitet. In seiner Bundestagsrede am 6. Juni forderte er, die NATO „neu zu erfinden“. Galt als Grundbedingung für die US-Tolerierung einer europäischen Militärpolitik das Verbot der Fraktionsbildung in der NATO („no european caucus“), so hat Fischer jetzt die US-Führung offen herausgefordert und die Zulassung einer „europäischen Gruppe“ in der NATO verlangt.

Offenbar will man in Berlin die Möglichkeiten einer Politik des demonstrativen Schulterschlusses mit den USA und der gleichzeitigen Provokation weiter ausloten. Die EU wird dabei immer stärker in die Rolle einer militärischen Aufholjagd gegenüber den USA gedrängt. Manche träumen gar schon von der „Zeit danach“, wie der stellvertretende SPD-Fraktionsvize Gernot Erler: „Den Vereinigten Staaten droht eine Überdehnung als Folge einer Politik der Stärke (...) Wer jetzt nicht begreift, dass deshalb vieles auf Europa zuläuft (Joschka Fischer), der wird es nie begreifen (...) Dies geht nicht, ohne eine Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).“ (FR, 11.03.03)

Arno Neuber ist IMI-Beirat

## Europas schlechte Verfassung: Aufrüstung nach Innen und Außen

von Christoph Marischka

Die meisten Medien jubeln: „Europa auf dem Weg zur Verfassung“. Seit der Aufklärung hängt diesem Begriff etwas positives, demokratisches an, zügelt eine Verfassung doch die Allmacht der Herrschenden und weist sie doch jedem Glied im politischen System seinen Platz zu. Doch mensch könnte auch nachdenklich werden und Verfassungen als Ergebnis und als Zementierung der aktuellen Herrschaftsverhältnisse betrachten. Mensch könnte vielleicht vermuten, dass es die EU-Mitglieder deshalb plötzlich so eilig haben, sagen wir mal, die (Macht-)Verhältnisse zu klären, weil die alte EU, das „Kern-Europa“ seine Position gegen die neuen und zukünftigen Mitglieder stärken muss und jetzt noch schnell per Programm festlegen kann, was es zukünftig bedeutet, Mitglied der EU zu sein. Die Stoßrichtung dieses Programms zeigte sich auf dem EU-Gipfel bei Thessaloniki. Während fünf Kilometer weiter hundert- oder Zehntausende demonstrierten, mit Tränengas und Polizeiknüppeln vom Tagungsort ferngehalten werden, beschließen die Regierungsspitzen der EU-Staaten im Badeort Porto Carras Aufrüstung nach Innen und nach Außen.

### Aufrüstung nach Außen(I) – Aggressor Europa

Ausgerechnet der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana sollte in seiner jetzigen Position als EU-Außenbeauftragter

einen Entwurf für eine europäische Sicherheitsstrategie vorlegen. Und die hat es in sich. Schon wenige Tage zuvor übernahmen die EU-Außenminister bei ihrem Treffen in Luxemburg quasi die US-Strategie der Präventiven Intervention unter dem Vorwand, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern zu wollen. Mensch erinnert sich: US-Vize-Außenminister Wolfowitz hatte einige Tage zuvor gestanden, dass Massenvernichtungswaffen nur ein vorgetäuschter Grund für den Krieg gegen den Irak gewesen seien, um die Öffentlichkeit zu überzeugen. Um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, die eigene Stärke zu erproben und um sich auf Kommendes vorzubereiten sind diese Woche die ersten „europäischen“ Soldaten im Rahmen des ersten EU-Kampfeinsatzes in die Demokratische Republik Kongo geflogen worden. Die EU hat nicht bei der NATO um Unterstützung angefragt, um Eigenständigkeit zu demonstrieren. Offiziell geht es dabei natürlich nicht um die Sicherung von Rohstoffen oder Ähnliches sondern um einen humanitären Einsatz. So soll die Öffentlichkeit im Stil einer Salamatik langsam an die internationale militärische Aktivität der zukünftigen gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gewöhnt werden.

Eben die Prinzipien dieser Außenpolitik für die „Zivilmacht Europa“ wurden von

Solana nun in Thessaloniki vorgelegt: „Der moderne Terrorismus sei eine strategische Gefahr, weil Terroristen den Zugang zu Massenvernichtungswaffen suchten, deren Weiterverbreitung schon an sich eine Bedrohung sei. Europa sei dabei Ziel und Operationsbasis zugleich“(1). Dafür gibt es zwar keine Beweise, aber Bedrohung muss ja sein, sonst lassen sich die eigenen Kriegspläne nicht als Verteidigung darstellen. „Die erste Verteidigungslinie‘ müsse häufig im Ausland aufgebaut werden, schrieb der ehemalige NATO-Generalsekretär“(2), was soviel heißt, wie „Interessengeleitete militärische Intervention, überall“. Als Konsequenz aus der Weltpolitischen Bedeutung Europas und deren Wirtschaftsvolumen ergeben sich drei Hauptziele. Zuerst sei es wichtig „im Interesse Europas, dass die Länder an seinen Außengrenzen gut regiert würden und damit eine Sicherheitszone um die EU entstehe“(3), er will also eine abhängige Puffer-Zone von willfähigen angrenzenden Staaten, was entweder militärisch oder mit einer in Aussicht gestellten EU-Mitgliedschaft zu erreichen ist. „Zweites Ziel ist laut Solana die Stärkung der internationalen Ordnung“(4), womit hauptsächlich die militärische Dominanz der transatlantischen NATO und des Ordnungsprinzips „Freie Marktwirtschaft“ sowie deren Profiteure gemeint sind. „Solanas drittes Ziel ist, den Bedrohungen aktiv zu begegnen.“(5) Die Bedrohung lässt sich natürlich variabel definieren, aber ihr „aktiv zu begegnen“ meint wohl nichts anderes als präventive Intervention, also im „Notfall“ Angriffskrieg. Hierfür fordert Solana eine Erhöhung der Ressourcen, was konkret eine gemeinsame, koordinierte Aufrüstung der EU bedeutet.

### Aufrüstung nach Außen (II) – Festung Europa

„140 Millionen Euro zusätzlich wollen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in den kommenden drei Jahren ausgeben, um ihre Grenzen gegen illegale Einwanderung zu schützen“. In einer Zeit in der innenpolitisch wegen scheinbar leerer Staatskassen in ganz Europa Sozialabbau betrieben wird, wird mit enormem Aufwand die „Festung Europa“ verstärkt. Außerdem sollen alle Asylbewerber zukünftig mit biometrischen Daten in einer Europaweiten Datenbank, VIS, gespeichert werden, damit garantiert kein EU-Land einen Flüchtling aufnimmt, der schon in einem anderen abgelehnt wurde. Zugleich soll der Druck auf sogenannte Drittländer erhöht werden, denn „die Zusammenarbeit so genannter Drittstaaten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung sei nicht immer so, wie sie sein sollte“. Sie sollen also

zukünftig Flüchtlinge gar nicht erst hereinlassen oder wenigstens selbst behalten bzw. zurücknehmen. Jedenfalls ist Europa selbst nur für diejenigen offen, die wirtschaftlich gewinnbringend sind.

### Aufrüstung nach Innen – Generalverdacht gegen alle

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, auch die anerkannten Bürger der jetzigen EU werden vom Sicherheitswahn und Herrschaftsinteresse „Kern-Europas“ betroffen sein. Jeder steht unter Generalverdacht. „Die Staats- und Regierungschefs forderten die EU-Kommission auf, bis Ende des Jahres Vorschläge zur Erfassung solcher Merkmale wie Fingerabdrücke oder die Struktur der Augeniris vorzulegen“. Abgesehen von der sich einschleichenden Alltäglichkeit, ein Handy abzuhören, „verdachtsunabhängiger Personenkontrollen“, einer wirklich befreundlichen Diskussion über Folter bei der Vernehmung in Deutschland und der Praxis US-amerikanischer Militärs mit sogenannten „unlawful combatants“ in Guantanamo und anderswo sollen nun von jedem Bürger der EU, ob er/sie es nun sein will oder nicht, eindeutige Merkmale gespeichert werden, so dass jeder Aufenthaltsort, jede Regung beweisbar wird. So tief in den Raum einer Persönlichkeit einzugreifen war bisher nur gestattet bei sogenannten „vorbestraften“ Menschen. Ab nun steht also jeder unter Verdacht und jedes Verbrechen kann geahndet werden. Eine erschreckende Vorstellung angesichts eines Rechtsverständnisses, in dem es legal ist, Kriege zu führen, aber illegal ist, einen Flüchtling zu beherbergen.

### Demokratieverlust

Das sichtliche Defizit der EU, die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten der teilweise unfreiwilligen EU-Bürger, wird durch die Verfassung nicht behoben sondern verschärft. Demokratische Elemente werden einer effizienteren Herrschaft nach Innen und Außen geopfert. Die EU-Kommission wird auf 15 stimmberechtigte Staaten verkleinert, was bedeutet, dass nicht einmal mehr jeder Staat (vor allem die „kleinen“ werden hier verzichten müssen) in der Kommission vertreten ist. Diese Kommission wählt ihren Präsidenten auf fünf Jahre. Es besteht die Möglichkeit, dass dieser Kommissionspräsident zugleich Präsident des Europarates wird und so die beiden höchsten Stellen in der EU in Personalunion einnimmt. Der Präsident des Europarates soll auf zweieinhalb Jahre auf Vorschlag des Rates vom EU-Parlament gewählt. Hier darf also im weitesten Sinne der EU-Bürger mitbestimmen, ist er doch alle fünf Jahre mit einigen hundert Millionen anderer aufgerufen das Parlament zu wählen,

einer Aufforderung der nur relativ wenige folgen, da sich viele ohnehin nicht beteiligt fühlen. Die Turnusmäßige EU-Präsidentschaft entfällt.

Insgesamt sollen mehr Entscheidungen mit einfacher oder – wie auch immer definierter – qualifizierter Mehrheit gefällt werden und das Konsensprinzip und damit das Vetorecht in vielen Bereichen aufgegeben werden. Vor allem Bundeskanzler Schröder drängte darauf, so auch im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schon mit Mehrheitsentscheidungen Krieg führen zu können, um „sicherzustellen, dass nicht ein einzelnes Land den europäischen Zug aufhalten kann“(6). Um diese Politik dennoch einheitlich zu gestalten, wird es zukünftig einen EU- Außenminister geben, welcher vom Rat ernannt wird. Das sind die Punkte, die bisher in Griechenland abgenickt wurden und noch etwas, das nicht kommentiert werden muss: „Neu ist ein europäisches Bürgerbegehren. Wenn mindestens eine Million Unterschriften zusammen kommen, muss sich die Kommission mit dem Thema befassen.“(7)

Widerstand gegen diese Verfassung!

Einige Unklarheiten müssen nun noch beseitigt werden, dann soll die Verfassung noch rechtzeitig vor der Europawahl im Juni 2004 in Kraft treten. Eine Volksabstimmung über die Verfassung ist gegenwärtig nicht geplant. Wenn sie stattfinden sollte, dann vermutlich erst, wenn Bedingungen konstruiert wurden, die zu einer Zustimmung führen würden. Bis dahin konstituiert sich Europa durch Abgrenzung nach Außen und verschärfte Herrschaft nach Innen. Dieser Aufrüstung auch als „Gegen-

macht Europa“ muss Widerstand entgegengebracht werden. Die Frage ist, wie mensch seinem Unmut gegen eine militarierte Außenpolitik, eine Ausgrenzung aller nicht verwertbaren nicht-EU-Bürger und der biometrischen Erfassung der gesamten Bevölkerung Ausdruck verleihen kann. Mensch kann vielleicht der nächsten Europawahl fernbleiben um sich als „politisch uninteressiert“ in der Wählerstatistik wiederzufinden. Oder versuchen 1 Million Unterschriften zu sammeln, damit sich die Kommission damit befasst. Oder positive Impulse entgegenhalten, Flüchtlinge unterstützen und die Aufrüstung behindern, Freiräume schaffen, in denen keine Biometrische Überwachung stattfinden kann und gleichberechtigt Entscheidungen getroffen werden. Oder mensch kann demonstrieren. Zum Abschluss das mittlerweile legendäre Zitat eines Demonstranten in Genua, egal, ob das je ein Demonstrant in Genua gesagt hat oder nicht: „Schau es dir an, unsere Regierungen können sich nicht mehr treffen, ohne dass die Polizei Demonstranten mit Tränengas vertreibt. Was hat das mit Demokratie zu tun?“ Eines ist klar: Opposition gegen diese Form des europäischen Einigungsprozesses ist bitter nötig!

[1]<http://www.tagesschau.de/aktuell/>

[2]Ebd.

[3]Ebd.

[4]Ebd.

[5]Ebd.

[6]Schröder zitiert nach <http://www.tagesschau.de/>

[7]<http://tagesschau.de/>

Christoph Marischka ist IMI-Beirat

Weitere Texte finden Sie auch auf unserer homepage:

**[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)**

unter anderem:

#### Drohnen über dem Genfer See

Tobias Pflüger, IMI-Standpunkt 2003/057: *Neues Deutschland*, 28.05.2003, <<http://www.imi-online.de/2003.php?id=583>>

Beim G8-Gipfel in Evian werden die zerstrittenen Herren der Welt sich wieder näher kommen

#### „Kerneuropa“ auf dem Kriegspfad

Arno Neuber, IMI-Standpunkt 2003/058: *SOZ, Juni 2003*, <<http://www.imi-online.de/2003.php?id=585>>

Die Auseinandersetzungen mit der Bush-Administration über den Irak-Kurs wurden von der französischen und der deutschen Regierung genutzt, um eigenen Ambitionen auf eine europäische Militärmacht Begründungen zu liefern.

# Generalprobe für EU-Militär im Kongo

von Christoph Marischka

Seit 1998 sind nach Schätzungen der Organisation International Rescue Committee zwischen 3 und 4,7 Millionen Menschen im Bürgerkrieg in Kongo ums Leben gekommen. Nun erwacht Europa plötzlich. Am 30. Mai 2003 beschloss der UN-Sicherheitsrat, eine 1400 Menschen starke multinationale Friedenstruppe unter französischer Führung solle die dortige Zivilbevölkerung schützen. Auf die Agenda rückte der Konflikt nachdem in der ersten Maihälfte vor den Augen von 400 Blauhelmsoldaten in der kongolesischen Stadt Bunia bei einem Massaker etwa 500 Zivilisten umgebracht wurden. Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von amnesty international, sagte: „Was im Kongo geschieht, gelangt vier Jahre und wohl drei Millionen Tote zu spät auf die weltöffentliche Tagesordnung“. Um so mehr überstürzen sich nun die Ereignisse. Am 5. Juni beschloss der EU-Ministerrat die Mission offiziell, am Morgen des 6. Juni landete ein französisches Vorauskommando mit 100 Soldaten und zwei Flugzeugen in Bunia, am Mittag des 6. Juni bereits befasste sich der Bundestag mit dem Fall, durch alle Fraktionen war dabei klar: Deutschland unterstützt den Einsatz, laut Verteidigungsminister Struck zwar nicht mit Kampfverbänden, aber mit Transall-Transportmaschinen, sowie einem medizinischen Spezialflugzeuge vom Typ MedVac und zwölf deutschen Staboffizieren welche sich an der Einsatzleitung in Paris beteiligen sollen. Von Bedeutung ist aber vor allem die moralische Unterstützung aus Deutschland. Alle Fraktionsvorsitzenden halten den Einsatz prinzipiell für richtig und begründen die „geringe“ Beteiligung Deutschlands damit, dass die Möglichkeiten der Bundeswehr durch den Afghanistan- und den Balkan-Einsatz nahezu erschöpft seien. Das ist natürlich nicht ganz falsch, immerhin hat Deutschland momentan nahezu 10.000 Soldaten im Ausland stationiert, überlegt aber auf der anderen Seite gerade, den Afghanistan-Einsatz über die Grenzen Kabuls hinaus auszuweiten. Problematisch ist diese Argumentation vor allem deshalb, weil sie im Nachhinein den durch die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien zementierten Umbau der Bundeswehr in eine weltweite Interventionsarmee zu legitimieren scheint, denn: „Eines ist sicher“, sagt der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbandes Bernhard Gertz, „das Argument, wir seien auf einen solchen Einsatz nicht vorbereitet, zieht nur einmal.“

Viele Aspekte weisen dabei darauf hin, das auch bei diesem Militäreinsatz die vorgeschobenen humanitären Gründe nicht die eigentliche Motivation darstellen, sondern der Kongo-Einsatz die Generalprobe für europäische Alleingänge darstellt:

1. Dies soll der erste Kampfeinsatz im Rahmen der EU werden, es wurde bewusst nicht die NATO gefragt, dahinter steckt vor allem von der französischen Regierung die Idee einer Etablierung der EU als eigenständige Militärmacht. In einem moralischen



Schulterschluss, erprobt vor dem Irakkrieg, werden Deutschland, Belgien und Frankreich nun den ersten gemeinsamen Militäreinsatz außerhalb der NATO beginnen und damit eine Generalprobe für die Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die 60 000 Soldaten starke europäische Eingreiftruppe durchführen. Der Einsatz wird unter dem Namen „Artemis“ stattfinden, die griechische Göttin der Jagd und Fauna gilt nach mythologischer Überlieferung als kampfeslustige Göttin.

2. Um die EU-Truppen überall auf der Welt als militärisches Instrument verwenden zu können, wird auch bei der EU eine Salamtaktik angewandt: zuerst beginnt man mit Einsätzen, die auf hohe Akzeptanz stoßen, später Militäreinsätze, die immer mehr Richtung Interventions- und Kriegseinsätze gehen, so ist eine schrittweise Gewöhnung an die EU als militärischer Faktor möglich.

3. Der Einsatz ist auf Bunia und bis 1. September beschränkt. Die 1400 Soldaten können in dieser kurzen Zeit lediglich wei-

tere größere Massaker in der Stadt selbst verhindern, die schlimmsten Gräueltaten passieren aber in den umliegenden, ländlicheren Gebieten. Schritte zu einer langfristigen Lösung des äußerst komplizierten Konfliktes werden nicht unternommen. Auf diese Weise werden die EU-französischen Truppen bei der bisher geplanten Stärke lediglich selbst zur Kriegspartei. D.h. die Truppen sind dann eine weitere Kriegspartei im dortigen Konflikt. Immanenter Ausweg innerhalb der militärischen „Logik“ wäre eine deutlich größere Truppe. „Es müsste ein Truppe sein, die mindestens aus 10.000 Soldaten besteht und auch langfristig vor Ort bleiben kann. Denn es geht hier nicht um eine schnelle Lösung, es geht vielmehr um Langfristigkeit und um Nachhaltigkeit“ so Sönke Weiss, Sprecher der Hilfsorganisation World Vision. Nach Einschätzung des Geschäftsführers des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, Winrich Kühne, sind sogar 50 - 100.000 Soldaten nötig um eine dauerhafte Lösung herbeizuführen.

4. Der Einsatz der EU-französischen Truppen soll auch erfolgen, weil Frankreich in diesem Konflikt eigene Wirtschaftsinteressen hat. Kongo ist ein potentiell reiches Land: Seltene Rohstoffvorkommen (Coltan, Kobalt, Uran und Gold), Diamantenproduktion und wertvolle Tropenhölzer, all diese Werte sind aber schon seit dem bestehen des Kongo das Treibstoff in den fort dauernden Konflikten. Sogenannte Warlords statten mit Hilfe von Ruanda und Uganda Kinder und Erwachsene mit Waffen aus und lassen sie um Gold- und Diamantenminen kämpfen. Ethnische Zuordnungen dienen lediglich als Trennlinien und Legitimationsmuster in einem mit Waffengewalt ausgetragenen Kapitalismus und einem Kampf um Güter, die westliche Wohlstandsbedürfnisse befriedigen. Besonders das teure Coltan, mit seiner Bedeutung für die Hightechindustrie (Handy, Spielkonsolen) und das Militär (Raumfahrt- und Kommunikationstechnologie), stellt eine finanziell und strategisch wichtige Ressource dar, die offensichtlich sowohl für die Warlords vor Ort als auch für die Entsendeländer der Interventionstruppen attraktiv ist.

5. Soldaten und Waffen sind keine Lösung, sie sind das Problem. Der Staat Kongo ging aus der Kolonisierung hervor und umfasste ursprünglich sieben Königreiche. Die Berliner Kongo-Konferenz 1884 teilte Afrika recht willkürlich unter den europäischen Kolonialmächten auf. Als Belgien Kongo 1960 in die Unabhängigkeit entließ, blieb wie so oft ein Staat übrig, der keiner war, mit einer zerstrittenen und zersplitterten Parteienlandschaft, der bis heute keinen Frieden erlebt hat. Ständig mit westlicher Nachfrage nach Luxusgütern konfrontiert und

vom Ausland mit Waffen versorgt, wurde die Gesellschaft zunehmend militarisiert, so dass heute schon sechsjährige, vollgepumpt mit Drogen in Uniform und mit Gewehren bewaffnet für die Interessen eines Rohstoffhändlers morden und plündern ohne dessen Namen überhaupt zu kennen. Solchen Verhältnissen ist nicht mit noch mehr Waffen und Militär beizukommen. Vor allem nicht im europäischen Alleingang.

Christoph Marischka ist IMI-Beirat



## Grenzenlose Militärmacht Deutschland und Nebenkriegsschauplätze

### Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) sind da

von Claudia Haydt und Tobias Pflüger

Mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien liegt nun eine verbindliche Grundlage für den grenzenlosen Einsatz der Bundeswehr gegen alle erdenklichen Ziele in jeder erdenklichen Dauer und in jeder möglichen Intensität vor. Einzige Einschränkung: außer „Rettungsoperationen“, sollen alle anderen Einsätze zusammen mit Verbündeten durchgeführt werden.

#### 1. Kein offenes Präventivkriegskonzept mehr - ein Erfolg der Friedensbewegung?!

„Die Friedensbewegung hat gesiegt“, so die militärnahe Zeitung „Die Welt“ am 20.05.2003, einen Tag vor der Vorlage der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR). Weiter hieß es: „denn auch das Militär hört jetzt auf ihr Kommando“. Der Artikel bezog sich aber nicht auf die neuen VPR, sondern auf die neue Form von Kriegen, bei denen genau darauf geachtet werde, so wenig wie möglich Tote zu verursachen. Trotzdem wäre auch diese Überschrift - zwar vermessen - aber irgendwie passend gewesen für die Vorstellungen der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von Peter Struck, zumindest was den zentralen Punkt des Präventivkriegskonzeptes betrifft. Dieser Punkt wurde nämlich aus der Schlussfassung der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) wieder gestrichen. „Die Welt“ schreibt dazu: „Anders als in einem früheren Entwurf wird in den Verteidigungspoliti-

schen Richtlinien (VPR) (...) die Möglichkeit präventiver Militäraktionen nicht mehr betont. In dem 22-seitigen Papier (...) fehlt ein Satz aus dem Entwurf, in dem es hieß, „vor allem“ gegenüber nichtstaatlichen Akteuren und Terroristen „können zur politischen Krisenvorsorge komplementäre militärische Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung frühzeitig notwendig werden“. Jetzt wird deutlich zurückhaltender formuliert: „Zur Abwehr von Bedrohungen sind zudem vor allem gegenüber nicht-staatlichen Akteuren entsprechende zivile und militärische Mittel und Fähigkeiten zu entwickeln.“ Diese Formulierung in den neuen VPR lässt nun allen Interpretationen Tür und Tor offen. Eine explizite Festschreibung des Präventivkriegskonzeptes ist dies allerdings nicht. Soweit so gut. Insofern handelt es sich tatsächlich um einen Sieg der Friedensbewegung, denn insbesondere aus ihren Reihen war das mögliche Präventivkriegskonzept explizit benannt und klar kritisiert worden.

#### 2. Präventivkriegskonzept durch eine der Hintertüren?

Nun kann das Präventivkriegskonzept in den Text hineininterpretiert werden. Die Gefahr ist also nicht vollständig gebannt. Als Kernbereiche von Bundeswehreinsetzen werden in den VPR folgende zwei Punkte definiert: „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ (10) sowie „Unterstützung von Bündnispartnern“ (10). Wobei

diese beiden Optionen alternativ genannt sind und es durchaus nahe liegt, zu vermuten, dass „multinationale Sicherheitsvorsorge“ (vgl. 11) im Rahmen von NATO und EU nicht in jedem Fall das Ziel haben muss, schon bestehende Krisen zu bekämpfen (wie auch immer dies militärisch funktionieren soll), sondern bereits einzugreifen, bevor ein konkrete Bedrohung entsteht. Außerdem wird das Konzept der „präventiven Kriegsführung“ sowohl im Rahmen der NATO als auch der EU intensiv diskutiert (vgl. hierzu z.B. Pflüger, Tobias, IMI-Analyse 2002/86b: „Präventivkriege jetzt auch deutsche Politik?“ <http://www.imi-online.de/2002.php?id=290>)

#### 3. Grenzenloser Auftrag

Deutschland ist durch konventionelle Streitkräfte nicht mehr gefährdet und auch „ein existenzbedrohender Angriff auf das Bündnis als ganzes (...) ist unwahrscheinlich.“ (81). Wenn es in Deutschland nichts zu verteidigen gibt, dann gilt zukünftig das Motto: „Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen.“ (5.) Somit wird zum Programm erhoben, was Struck bereits früher erklärte: die Verteidigung Deutschlands müsse auch am Hindukusch erfolgen. „Out of Area“ ist selbstverständlich geworden, immer wieder wird betont, dass der Einsatzradius „über das Bündnisgebiet hinaus“ (9; 72 u.ö.) geht. Der Rahmen für die „VN, NATO und EU“ (42) sein, „Grundgesetz und Völkerrecht bilden die Grundlage“ (37). Die Interpretation von Angriffskriegen als Verteidigung um sie mit dem Grundgesetz konform zu machen ist schon heute mehr als gewagt, und das Führen von Angriffskriegen im Rahmen von NATO- oder bald auch EU-Strukturen ohne Zustimmung der VN ist sicher nicht völkerrechtskonform. Aber zu viele Skrupel ob hier wenigstens die selbstfestgelegten „Rahmen“ und „Grundlagen“ zueinander passen, stören nur die „Handlungsfähigkeit“.

#### 4. Selbstbewusste Interessenspolitik oder Wirtschaftsinteressen

Deutschland ist politisch und militärisch zum globalen Akteur geworden und tritt als solches sehr selbstbewusst auf. Auch die VPL sprechen hier eine deutliche Sprache. Deutschland „fällt eine herausragende Rolle und Verantwortung für den künftigen Kurs der NATO zu“ (48). Auch „bei den Beschlüssen der EU zur Ausgestaltung der ESVP“ hat Deutschland „eine Schlüsselrolle gespielt“ (50). Interessant ist, dass im Gegensatz zu den letzten VPR diese deutschen Wirtschaftsinteressen nur an einer Stelle explizit und ausführlicher benannt werden. „Aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfind-

lichen Transportwegen“ ist die deutsche Wirtschaft sehr „verwundbar“(27.) Dass es auch weitere sehr konkrete Ziele gibt, die mit Militär geschützt werden sollen, wie der freie Zugang zu Ressourcen, das findet sich in diesen Richtlinien nur implizit. Rühle hatte damit bei der letzten VPR keine Probleme die Dinge beim Namen zu nennen, aber das klingt natürlich nicht so schön, wie der Kampf, für die „Errungenschaften moderner Zivilisation wie Freiheit und Menschenrechte, Offenheit, Toleranz und Vielfalt.“ Dennoch, die Richtung ist klar: „Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren (...) stellt Deutschland im angemessenen Umfang Streitkräfte bereit“(72).

### 5. Öffentliche Diskussion um Nebenkriegsschauplätze

Die öffentlich Diskussion dreht sich einmal mehr nur um zwei Nebenkriegsschauplätze, um die Schließung von Standorten und um die Beibehaltung der Wehrpflicht. Damit verändern sich wesentliche Parameter der deutschen Außenpolitik zwar ganz offen aber trotzdem ohne öffentlich Diskussion. Genauso wenig öffentliche Beachtung findet die Weichenstellung in Richtung Einsatz der Bundeswehr im Inneren wenig Beachtung. Obwohl „zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Inland“ und ihr „Zusammenwirken mit den Innenbehörden des Bundes und der Länder“(75; vgl. 80) Formulierungen sind, die sehr nachdenklich machen sollten. Hinter dem Wehklagen über die Auflösung von sieben kleineren Standorten verschwindet auch die viel grundsätzlichere Problematik, dass so der Sozialabbau und die Budgetkürzungen in zivilen Bereichen noch weiter vorangetrieben werden. Denn die „Verbesserung militärischer Kernfähigkeiten“(89), der Bereitstellung von Rüstungsgütern für „strategischen Verlegung“ und „weltweite Aufklärung“(92) und all die Investitionen für „rasche Verfügbarkeit“ und „Durchhaltefähigkeit“(90) sind nicht umsonst zu haben.

### 6. Handlungsfähigkeit = militärische Handlungsfähigkeit?

Ausdrücklich begrüßt wird in den Richtlinien, die „Anpassung der NATO an das veränderte sicherheitspolitische Umfeld“(32), was im Klartext die Umwandlung der NATO in ein Interventionsbündnis meint. Nur so bliebe dem Bündnis seine politisch wichtige Rolle erhalten. „Handlungsfähigkeit“(33; vgl. 50) ist auch das Schlagwort unter dem die Herausbildung der Militärmacht EU betrieben wird. Diese Herausbildung einer Militärmacht EU hat zentralen Charakter in den neuen Verteidigungs-

politischen Richtlinien. Die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel ist für Struck offensichtlich „Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit“(37) von Politik.

### 7. „Koalition gegen den Terror“ oder die Bedrohungsanalyse

Die Strucksche Bedrohungsanalyse stellt fest, Deutschland wird nicht mehr von Panzerarmeen aus dem Osten bedroht, sondern von internationalem Terrorismus religiöser Fanatiker und von einer gefährlichen Proliferation an Massenvernichtungsmitteln. Eine solche „Analyse“ geht offensichtlich davon aus Terrorismus ließe sich militärisch bekämpfen wo doch gerade die Anschläge des 11. September 2001 gezeigt haben, dass Skrupellosigkeit und einfachste Hilfsmittel völlig ausreichen um fürchterlichen Schaden anzurichten. Glaubt Struck an die Bekämpfbarkeit von Terrorismus mit militärischen Mitteln, der „jederzeit, an jedem Ort der Welt erfolgen und sich gegen jeden richten“ kann? Es charakterisiert doch gerade das Wesen asymmetrischer Bedrohungen, dass es für die schwächere Seite eine rationale Abwägung ihrer Möglichkeiten darstellt sich direkter Konfrontation weitgehend zu entziehen und die ungeschützten Bereiche des „Gegners“ anzugreifen.

Verhinderung von Proliferation ist ebenfalls kaum militärisch zu erreichen, im Gegenteil, die Art der Kriegsführung westlicher Staaten (auch wer keine Atomwaffen hat, kann künftig mit „Mini-Nukes“ angegriffen werden) und deren Zielauswahl (Irak, Afghanistan, Jugoslawien die alle über keine Massenvernichtungswaffen verfügten) lässt es für jeden Staat, der nicht „befreit“ werden will, als sehr rationale Vorgehensweise erscheinen, sich entweder mit atomaren Waffen oder wenigsten mit biologischen oder chemischen Waffen auszurüsten. Die westliche offensive Militärtaktik birgt so die Gefahr einer weiteren Aufrüstungsspirale in sich und schafft mehr Probleme, als sie je wird „lösen“ können. Vielleicht steckt doch ein gewisses Maß an Einsicht in die Eskalationsgefahr, der eigenen militärischen Strategien hinter der Formulierung, dass die „Grenzen zwischen den unterschiedlichen Einsatzarten ...fließend (sind)“(58). Dies gilt offensichtlich auch trotz oder gerade wegen der eigenen militärischen „Intervention“, denn „eine rasche Eskalation von Konflikten, wodurch ein friedenserhaltender Einsatz in eine höhere Intensität übergeht, ist nie auszuschließen.“(58)

Struck lobt in seinem Papier „die breite internationale Koalition gegen den Terror“ und sieht sie als „Grundlage für eine effektive Bekämpfung dieser Bedrohung“(28). Nichts könnte entlarvender sein, sowohl für

die Definition dessen, was als Terror zu verstehen ist, als auch dafür wie wenig „Terrorbekämpfung“ mit Freiheit und Demokratie zu tun hat, als ein Blick auf die Verbündeten in diesem Kampf. Offensichtlich gibt es hier keinerlei Problembewusstsein. Im Bezug auf Russland heißt es explizit: „die gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bilden die Grundlage (!) für eine noch engere langfristige Kooperation...“(34).

Die Sicherheitspolitische Gefährdung ist auch die Folge deutscher und europäischer (Wirtschafts)-Politik. Doch das Papier geht durchgängig davon aus, dass Deutschland und seine Verbündeten lediglich Opfer von Bedrohungen sind, die völlig ohne eigenes Zutun entstanden sind. Sätze wie „Auch die Globalisierung macht ein voll (militärisch) handlungsfähiges Europa erforderlich.“ sind entlarvend, sie suggerieren die EU und die EU-Staaten (das was in hiesigem Sprachgebrauch allgemein unter „Europa“ verstanden wird) wären im Rahmen der Globalisierung lediglich ein Objekt der Entwicklungen.

### 8. Ausblick oder Johannes Rau und die verteidigungspolitischen Richtlinien

Alle unsere bisherigen Warnungen waren sehr berechtigt (vgl. IMI-Sonderseite zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien: <http://www.imi-online.de/2003.php?id=577> ) Offensichtlich war das geplante Präventivkriegskonzept für die Bundeswehr noch nicht in der Gesellschaft durchsetzbar. Die Betonung liegt auf „noch“. Die Bundesregierung betreibt weiter ihre Doppelstrategie: Einerseits sich als „Friedensmacht“ zu gerieren und andererseits zeitgleich die Militärmacht Europäische Union auszubauen und die Bundeswehr zur weltweiten Interventions- und Einsatzarmee zu machen. Der zeitliche Zusammenfall zweier Ereignisse mag Zufall gewesen sein, dennoch passen sie sehr gut zusammen: Die außenpolitische Grundsatzrede von Bundespräsident Johannes Rau und die Vorlage der verteidigungspolitischen Richtlinien. Vieles, was Johannes Rau gesagt hat, ist der Versuch, in einer Art aufgesetztem „Konsens“ den Inhalt der expansiven verteidigungspolitischen Richtlinien gesellschaftlich abzusichern. Jedoch hat Johannes Rau an fünf Punkten Bedenkenswertes gesagt: A. „Die neue Sicherheitspolitik und die völlig veränderte Rolle der Bundeswehr ist in den vergangenen Jahren im Bewusstsein unseres Volkes nicht annähernd so verarbeitet worden, wie das notwendig wäre.“ Nur an wem liegt das? Die jeweiligen Regierungen wollten keine offene Debatte zur deutschen Militär- und Kriegspolitik. B. „Ich vermisse eine breit geführte gesellschaftliche Debatte über die Frage, wie die Bundes-

wehr der Zukunft aussehen soll.“ Richtig. Die Debatte gibt es nicht, aber die politischen Festlegungen werden von der rot-grünen Regierung in Windeseile getroffen. C. „Nirgendwo ist eine Regierung so sehr auf Unterstützung und Einverständnis der Menschen angewiesen wie dann, wenn die Bundeswehr als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt wird.“ Eben. Darin besteht auch eine Chance für uns als Antikriegs- und Friedensbewegung. D. „Wie immer auch die Antwort lauten mag, zu der wir kommen werden, sie muss am Ende einer gesellschaftlichen Debatte stehen. Wir brauchen einen breiten Konsens.“ Warum dann die Festlegungen z.B. mit den verteidigungspolitischen Richtlinien? Raus Antwort: E. „Wir brauchen einen breiten Konsens.“ Aha, die Sorge ist offensichtlich, dass die neue deutsche Militär- und Kriegspolitik von vielen in der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Hier ist es wieder, das auch empirisch belegbare Phänomen: Die Veränderung der Bundeswehr und deutsche Kriegseinsätze werden von vielen in der Bevölkerung nicht aktiv unterstützt, aber eben hingenommen. „Manchmal werden bahnbrechende Weichenstellungen übersehen: Mit seinem Satz, die Freiheit könne auch am Hindukusch verteidigt werden, hätte Verteidigungsminister Struck hier zu Lande eigentlich einen pazifistischen Aufschrei erzeugen müssen. Aber auch als Bundeswehr-Generalinspekteur Schneiderhan Präventivschläge mit deutscher Beteiligung ins Spiel brachte, blieb es ruhig.“ so die militärnahe Zeitung „Die Welt“ am 02.02.2003. Die Zeit ist überfällig, für politische Aufschreie gegen diese fortgesetzte Militarisierung der Politik!

Claudia Haydt ist Religionswissenschaftlerin und IMI-Beirat, Tobias Pflüger ist IMI-Vorstand

# Road Map + „Demokratisierung“ = Frieden? oder Road Map to Hell?

von Claudia Haydt

## Fahrplan zum Frieden?

Der Fahrplan zum Frieden ist fertig. Die Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde und der israelischen Regierung haben ihre Versionen - fein säuberlich gebunden - nun auch offiziell erhalten. Ein neue Ära des Friedens und der Demokratie im Nahen Osten kann beginnen? Ein großer demokratischer Neuanfang vermittelt durch die US-amerikanische Regierung mit Unterstützung von EU, UN und Russland? Die palästinensische und auch die israelische Bevölkerung wagt nicht so recht daran zu glauben. Aber um sie geht es offensichtlich auch nicht.

„Demokratie“ und „Frieden“ sind in diesem Kontext kaum mehr als Leerformeln einer zynischen PR-Strategie von der alle Beteiligten zu profitieren hoffen. EU, Russland und UN hoffen als Teil des Quartetts (wieder) internationale Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Bush und seine Administration beginnen bereits ihren Wahlkampf, da hilft das Bild des starken Feldherrn, der auch als der Friedenstifter in Nahost tätig ist. Die israelische Regierung spielt etwas zögerlich mit, in der Hoffnung, dass so die dramatische Verschlechterung der Situation der Palästinenser während

des Irakkrieges hinter „prinzipieller“ Friedensbereitschaft weniger sichtbar wird. Die palästinensische Autonomiebehörde die seit mindestens einem Jahr faktisch handlungsunfähig ist, konnte sich bei der Übergabe des Papiers wenigstens kurzfristig wieder auf dem Boden internationaler Diplomatie bewegen.

Zur PR-Strategie gehören zwei wesentliche Mechanismen: die Hauptthema ist die „Demokratisierung“ oder eben „mangelnde Demokratisierung“ der Autonomiebehörde (wobei die Maßstäbe dafür nicht aus der betroffenen Bevölkerung kommen), während gleichzeitig die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen bzw. Aktivitäten der israelischen Besatzungsarmee in den besetzten Gebieten möglichst wenig Öffentlichkeit bekommen sollen.

Mehrfach wurde die Übergabe des „Fahrplans zum Frieden“ des „Nahost-Quartetts“ verschoben und zwar keineswegs nur deswegen, weil die palästinensischen „Reformen“ so lange gedauert haben: erst war der Zeitpunkt ungünstig wegen der israelischen Wahlen, dann wegen des Irak-Krieges.

Wie doppelbödig die us-amerikanische Strategie bezüglich des Papiers ist, wird schon beim Prozess der Übergabe ersicht-



lich. Offiziell bringt der US-Botschafter Dan Kerzer das Papier in Ariel Sharons Amtssitz. Gleichzeitig spricht dort aber (weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit) auch Elliot Abrams vor. Abrams ist Sicherheitsratsmitglied und Nahost-Berater von Bush, er ist rechtskräftig verurteilt wegen seiner Verstrickungen in die Iran-Kontra-Affäre und gehört zum Kreise der reaktionären und neokonservativen Kreise, die wie Donald Rumsfeld von einer „sogenannten Besatzung“ reden. Von dieser Seite ist wenig Druck für einen wirklich gerechten Frieden zu erwarten.

Druck ist von US-Seite offensichtlich immer nur dann zu erwarten, wenn die Interessen der US-Regierung tangiert sind. So hätte eine „Vergeltungsaktion“ des israelischen Militärs auf den Anschlag in Kfar Saba am 24. April, bei dem außer dem Attentäter ein israelischer Wachmann ums Leben kam, das positive Bild der Übergabe der „Road Map“ gestört. Offensichtlich hatte auch die israelische Regierung, deren Vertreter des Finanzministeriums, Ohad Marani, zur gleichen Zeit in den USA über letzte Details für 1 Milliarde Finanzhilfe und 9 Milliarden Kreditbürgschaft verhandelte, kein Interesse an einer Konfrontation. Eine direkte Vergeltungsaktion für diesen Anschlag fand nicht statt.

Als nur wenige Tage später ein britischer Staatsbürger mit einer aus dem Ausland nach Israel eingeschleusten Bombe in Tel Aviv einen Terroranschlag auf Cafe-Besucher verübte und drei davon mit in den Tod riss, mahnte das State Department erst nach dem Tod von 16 Palästinensern bei israelischen Kommandounternehmen mit Panzern und Hubschraubern zu „Zurückhaltung“. Eine grundsätzliche Kritik dessen, ob der Beschuss von Zivilisten und die Eliminierung von „Verdächtigen“ ohne jedes Gerichtsverfahren wirklich „Selbstverteidigung“ ist, das ist von einer Regierung, die selbst „präventiv“ gegen selbst definierte „Schurkenstaaten“ Krieg führt wohl auch nicht zu erwarten.

### Die Kosten der Besatzung

Ein Ende des faktischen Kriegszustandes in Israel und den besetzten Gebieten ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch ein Gebot der ökonomischen Situation Israels. Die Bekämpfung der Intifada, die Aufrechterhaltung der Besatzung sowie der Ausbau und die Versorgung der Siedlungen verschlingen Milliarden. Gleichzeitig reißen fehlende Tourismus- und Exporteinnahmen immer tiefere Löcher in die Einnahmen des Staates. Die israelische Wirtschaft und die israelischen Staatsfinanzen befinden sich auf einer beispiellosen Talfahrt.

Die Regierung versucht einen Bankrott abzuwenden, in dem sie nun im laufenden Haushaltsjahr 11 Milliarden Schekel kürzt, was die Entlassung zahlreicher Staatsbediensteter u.a. von 5000 Lehrern bedeutet. Gleichzeitig werden die Rechte der Angestellten massiv eingeschränkt, Kündigungsschutz wird verringert, Flächentarifverträge gekündigt und das Pensionsalter heraufgesetzt. Die Reaktion der großen israelischen Gewerkschaft Histadruth darauf war ein großer Generalstreik der weite Teile des öffentlichen Lebens lahmgelegt. Dennoch gab und gibt es nur wenige Politiker, die eine klare Verbindung zwischen Besatzungspolitik und Sozialabbau ziehen. Schon allein deswegen ist der Rücktritt des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Amram Mitzna, der in seiner eigenen Partei offensichtlich wenig Unterstützung fand für seine eher an Inhalten als an Machtbeteiligung orientierten Politik, bedauerlich. Die offizielle Politik der Sharon-Regierung jedenfalls trägt konkret nur zur Eskalation der Situation (militärisch und ökonomisch) bei. Während Sharon vor internationalen Kameras immer wieder von seiner Bereitschaft zu „schmerzlichen Kompromissen“ redet und die Räumung illegaler Siedlungen ankündigt, wird die Umsetzung dieser Versprechungen immer weiter aufgeschoben, oder illegale Siedlungen werden wenige Zeit nach ihrer spektakulärer Räumung wieder von Siedlern in Besitz genommen. Alle Siedlungen (auch illegale) werden von der israelischen Armee „beschützt“, dies kostet Geld und Personal und sorgt immer wieder für Unmut bei den Soldaten. Solche konkreten Ärgernisse zusammen mit grundsätzlicher Kritik der Besatzung lassen die Anzahl der offenen (und verdeckten) Verweigerer steigen. Offenbar um die Entstehung einer massenhaften Verweigerungsbewegung zu verhindern mussten in den letzten Wochen immer mehr Verweigerer vor Militärgerichten erscheinen.

Ob aus der politischen und sozialen Schiefelage tatsächlich eine breite soziale Bewegung entstehen kann, die den Zusammenhang zwischen den Menschenrechtsverletzungen durch die Besatzung und die Vernichtung des israelischen Sozialstaates zieht, das ist noch nicht entschieden. Die öffentliche Diskussion (in den Medien) dreht sich häufig genug nur darum, dass die „Trennmauer“ zwischen Israelis und Palästinensern nicht schnell genug gebaut wird und dass das Militär nicht „entschlossen genug“ gegen „die Terroristen“ vorgeht. Dass palästinensische Bauern durch die Mauer von ihrem Land und damit von ihrer Lebensgrundlage getrennt sind, dass durch die Grenzbefestigungen ihr Land zerstört wird, dass Städte will Qalqilyah ringsum von dieser Mauer eingeschlossen

sind, das lässt bei der palästinensischen Bevölkerung kein Vertrauen in die Verhandlungsbereitschaft der Gegenseite entstehen. So werden Gewaltverhältnisse im wahrsten Sinne des Wortes zementiert. Kommunikation und Begegnung zwischen israelischer und palästinensischer Bevölkerung wird so fast völlig unmöglich gemacht. Dass nicht jeder Israeli ein brutaler Besatzungssoldat oder militanter Siedler ist und nicht jeder Palästinenser ein Selbstmordattentäter oder Terrorist, das wird immer weniger konkret erfahrbar, je mehr die gegenseitige Lebensrealität hinter der „Sicherheitsmauer“ verschwindet. Umso dringender ist die Unterstützung der Gruppen, die diesen Kontakt mit dem Protest gegen Missstände verbinden, Gush-Shalom und Ta'ayush (einen Eindruck über Verlauf und Auswirkung der Mauer liefert diese URL: <http://www.gush-shalom.org/thewall/index.html>).

### Demokratische Reformen?

Die Ernennung Abu Mazeens zum Premierminister und Mohammad Dahlans zum Sicherheitschef in Palästina werden international als demokratischer Fortschritt gelobt. Nun ist die Verteilung von Macht auf mehrere Schultern ganz zweifellose eine wichtiger Mechanismus für Demokratisierung, wenn dabei aber nicht diejenigen zu Wort kommen, von denen die Macht eigentlich ausgehen sollte, nämlich die Bevölkerung, dann hat das Ganze doch eher den Charakter einer Farce. Weder Mazeen noch Dahlan würden zur Zeit in freien Wahlen irgendeine nennenswerte Zustimmung erhalten. Mazeen hat immerhin ein gewisse Machtbasis innerhalb der PLO-Strukturen während Dahlans Machtposition sich überwiegend auf seine sehr repressive Machtausübung im Rahmen der Sicherheitsdienste und seine guten Kontakte zur CIA bezieht. Menschenrechtsorganisationen haben seine Methoden in früheren Jahren mehrfach kritisiert. Möglicherweise liegt die Beliebtheit dieser beiden Politiker im Ausland vor allem in der Hoffnung, diese beiden könnten durch ihre Kontrolle über PLO und durch repressive Unterdrückung von Widerstand in den eigenen Reihen eine „Friedenslösung“ auch dann durchsetzen, wenn sie in der Bevölkerung kaum Rückhalt hat. Demokratisch ist eine solche Strategie sicher nicht.

Arafat, der im Gegensatz zu den beiden „demokratischen Hoffnungsträgern“ immerhin - wenn auch schon vor längerer Zeit - demokratisch gewählt wurde, kann sich nach aktuellen Umfragen auch nur noch auf etwa 20% der Bevölkerung stützen. Insgesamt ist - so die Politologin Helga Baumgarten gegenüber dem Deutschlandfunk - aber für die betroffenen Menschen,

die „Reform-Diskussion“ weitgehend irrelevant, denn „alles was hier vorgeht, auf palästinensischem Land wird bestimmt und determiniert durch die israelische Armee und die israelische Politik.“

Alle politischen Entscheidungen und alle Friedensbemühungen werden daran gemessen werden, ob sich die Lebensbedingungen spürbar verbessern. Eine rigide „Sicherheitspolitik“ von Dahlan bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lebensbedingungen wird bestenfalls „nur“ den Demokratisierungsgedanken diskreditieren - wahrscheinlich aber auch zu massiven inneren Unruhen führen.

### Öffentlichkeit stört

Das tatsächliche Ausmaß der unerträglichen Lebensbedingungen für die meisten Palästinenser ist sowohl der israelischen als auch der internationalen Öffentlichkeit unbekannt und so soll es augenscheinlich auch bleiben. Denn eine öffentliche Diskussion über Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee könnte die Zahlen der Refuseniks noch weiter in die Höhe treiben und allzu viele kritische Nachfragen im Bekanntenkreis könnten die Skrupel von Soldaten, die auf Zivilisten schießen, vielleicht erhöhen. Die meisten israelischen Medien halten sich mit Kritik an der Militärpolitik zurück und so sind internationale Sender oft die einzige Quelle um wenigstens Teile dessen mitzubekommen, was die eigene Armee macht.

In diesem Kontext ist die Nachricht zu bewerten, dass BBC Worldnews aus drei israelischen Kabelnetzen gestrichen wurde, die de facto eine Monopolstellung bei der Versorgung der israelischen Bevölkerung haben. BBC ist nun nur noch über den Satellitenbetreiber YES zu empfangen. Der offizielle Grund ist nicht die ausführliche und von rechten Politikern häufig kritisierte Nahost-Berichterstattung des Senders, sondern allein die Frage der Finanzen. Bei Fox, dem „Sender des US-amerikanischen Imperialismus“ (Patricia Schlesinger, ARD), der nach wie vor im Angebot ist, gibt es diese Probleme offensichtlich nicht.

Doch auch ohne diese de facto Zensur wird Berichterstattung aus den besetzten Gebieten immer schwieriger, Journalisten und Kameralente, die in den besetzten Gebieten arbeiten, gefährden immer wieder ihr Leben oder ihre Gesundheit. Rücksicht auf ihre Anwesenheit wird vom Militär nicht genommen. Es gab schon wiederholt Vorwürfe von Journalistenverbänden, dass Berichtersteller sogar gezielt eingeschüchtert oder angegriffen werden. Wie zuletzt in der Nacht zum 3. Mai 2003 als ein britischer Kameramann in einem Flüchtlingslager in Rafah erschossen wurde, obwohl

er mit weißer Fahne und TV-Aufschrift auf seiner Kleidung deutlich sichtbar war. Die Armee bedauerte den Zwischenfall, aber „Wer bewusst in ein Kriegsgebiet geht, ganz besonders nachts, der gefährdet sich selbst“.

### Ein Dorn im Auge der Militärs: Friedensaktivisten

Mehr noch als die Presse stören offensichtlich andere Zeugen: Die gewaltfreien Friedensaktivisten, die mehrheitlich über das International Solidarity Movement (ISM) organisiert sind. Seit über zwei Jahren stören diese und andere israelische und internationale Friedensaktivist/inn/en nun schon die „Effektivität“ des Militärs oder sie sind zumindest lästige Zeugen. Nun scheinen die Nerven der Militärführung blank zu liegen. Friedensaktivisten dürfen nach einem von Armee, Verteidigungs- und Außenministerium ausgearbeiteten Plan nicht mehr einreisen, bzw. müssen das Land Israel und die besetzten Gebiete verlassen. Bereits am 16. April verkündete dies der Armeechef Moshe Ya'alon in einem Radiointerview. Die Menschenrechtsaktivisten ließen ein „negatives Bild“ von Israel entstehen. Ihre „Entfernung“ aus den Gefahrenzonen sei natürlich „zu ihrem eigenen Schutz“ und gebe der Armee mehr „Aktionsfreiheit“. Die Tatsache, dass bei dem Selbstmordanschlag am 30. April 2003 zwei britische Staatsbürger beteiligt waren, gab der Armee nun einen neuen Vorwand internationalen Aktivisten den Zugang zu den besetzten Gebieten zu verweigern. Weitere Terroristen könnten als Friedensaktivisten getarnt einreisen. Dabei wird gezielt ausgeblendet, dass sich Terroristen und Friedensaktivisten an völlig unterschiedlichen Enden des politischen Spektrums befinden. Für die einen ist das wahllose Töten von Zivilisten ein Mittel zur Umsetzung ihrer politischen Ziele, während die anderen bewusst gewaltfrei agieren, um den Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen.

Wenn die besetzten Gebiete zukünftig für internationale Besucher gesperrt sein werden, dann ist dies ein wesentlicher Verlust an internationaler Präsenz und damit Öffentlichkeit für die Missstände. Diese Öffentlichkeit bedeutet Schutz und Hilfe für Zivilisten. Mehrfach gelang es ISM- und anderen Aktivisten als menschliche Schutzschilde die Zerstörung von Häusern zu verhindern, sie ermöglichten durch ihren „Begleitschutz“ Schul- und Krankenhausbesuche und ihre Berichte rüttelten zumindest einen Teil der internationalen Öffentlichkeit wach. Grundlage ihres Vorgehens war neben Gewaltfreiheit immer offenes und öffentliches Agieren, mit Leuchtwesten waren sie weithin sichtbar. Über ihre Anwe-

senheit an gefährdeten Orten informierten die Aktivisten ihre Botschaften und das israelische Militär.

Dennoch wurden (nachdem zwei Jahre lange keine einzige ernsthafte Verletzung zu beklagen war) innerhalb weniger Wochen gleich drei ISM-Aktivist/inn/en lebensgefährlich verletzt.

Rachel Corrie wurde beim Versuch, die Zerstörung eines Hauses zu verhindern, von einem Bulldozer zermalmt, Tom Hurdall beim Versuch ein 5-jähriges Mädchen aus der Schusslinie zu holen, von einem israelischen Scharfschützen in den Kopf geschossen (er ist klinisch tot) und Brian Averys Gesicht wurde durch Schüsse aus einer großkalibrigen Waffe so zerstört, dass er, sollte er seine Verletzung überleben, zahlreiche plastische Operationen benötigen wird, um wenigstens eine Teil des Gesichts wiederherzustellen. Alle drei ISM-Aktivisten waren durch Signalwesten deutlich als gewaltfreie Friedensaktivisten zu erkennen.

Wurden sie nur „zufällig“ - wie so viele andere - Opfer des israelischen Militärs? Es drängt sich der Eindruck auf, dass die tragischen Ereignisse dem Zwecke der Abschreckung dienen sollten. Da sich rasch zeigte, dass das brutale Vorgehen der Armee nicht die gewünschte Wirkung zeigte, sondern im Gegenteil, noch mehr junge Menschen von der Notwendigkeit eines Einsatzes in den besetzten Gebieten überzeugte, sollen die unerwünschten Beobachter nun auf administrativem Wege per Ausweisung und Einreiseverbot ferngehalten werden.

### Road Map ohne Ausweg?

Wenn die alltäglichen Gewaltverhältnisse in den besetzten Gebieten international immer unsichtbarer werden und die Begriffe wie „Frieden“, „Sicherheit“ und „Demokratie“ immer hohler werden, dann ist eines garantiert: Der Verbitterung und die Frustration werden noch größer. Wirklicher Frieden entsteht so nicht - für keine Seite! Demokratisierung unter den Bedingungen von Besatzung und Ausgangssperre ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die einzige Alternative ist und bleibt internationale Kooperation der Kräfte für die Zivilcourage, Menschenrechte, Gewaltfreiheit, Herrschaftskritik und Gerechtigkeit keine Leerformeln sind. Dass Widerstand, der auf diesen Grundlagen beruht sehr wirksam sein kann, genau das zeigt die nervöse Reaktion der israelischen Armee auf die Verweigerer in den eigenen Reihen und auf die Beobachter von außen.

Claudia Haydt ist Religionswissenschaftlerin und IMI-Beirat

# Klartext

## Paul Wolfowitz benennt die wahren Gründe für den US-Angriffskrieg gegen den Irak

Von Jürgen Wagner

Er ist bekannt als Mann der klaren Worte: Paul Wolfowitz, stellvertretender amerikanischer Verteidigungsminister, wichtigster US-Kriegstreiber und Kopf der Neokonservativen in- und außerhalb der Regierung, die die treibende Kraft hinter Washingtons Kriegspolitik seit dem 11. September 2001 sind.

Wolfowitz' Enthüllungen gegenüber dem amerikanischen Hochglanzmagazin *Vanity Fair* sind vor allem auch deshalb brisant, weil sie zu einem Zeitpunkt interner Auseinandersetzungen zwischen den Neokonservativen in der Regierung und den US-Geheimdiensten stattfinden. Im Zuge dieser Streitigkeiten wird immer offensichtlicher, was von Kritikern der US-Politik schon lange betont wurde, nämlich dass der Angriffskrieg gegen den Irak nichts mit der offiziellen Begründung einer angeblich von irakischen Massenvernichtungsmitteln ausgehenden Gefahr zu tun hatte.

### Angriffskriege und „bürokratische Notwendigkeiten“

Laut Wolfowitz gab es innerhalb der Regierung bezüglich des Iraks „drei grundsätzliche Bedenken. Einmal Massenvernichtungsmittel, zweitens die Unterstützung von Terrorismus und drittens die kriminelle Behandlung des irakischen Volkes.“ Nur die angebliche Gefahr irakischer Massenvernichtungsmittel taugte als Kriegsgrund, da die Unterdrückung des irakischen Volkes „kein Grund ist, das Leben amerikanischer Kids zu riskieren, vor allem nicht in dem Ausmaß wie wir es getan haben.“ Die Verbindungen zum Terrorismus waren ebenso untauglich, denn selbst „innerhalb der Bürokratie herrschten hierüber die meisten Differenzen.“ Hiermit verblieb nur noch eine Chance einen Krieg herbeizuführen, der von Wolfowitz und seinen neokonservativen Kollegen schon seit Jahren gefordert wird: „Die Wahrheit ist, dass wir uns aus Gründen, die eine Menge mit der US-Regierungsbürokratie zu tun hatten, auf die eine Sache konzentriert haben, auf die sich alle einigen konnten und das waren die Massenvernichtungsmittel als die zentrale Rechtfertigung [für den Irak-Krieg].“ (1)

William Pfaff kommentierte diese Aussagen in der *International Herald Tribune* (IHT) folgendermaßen: „Seine Ausführung impliziert, dass die Bush-Administration letztes Jahr den Krieg führen wollte, aber keine Begründung hierfür hatte. Die Bürokratien wurden zusammengerufen und ihnen mitgeteilt, eine Begründung zu finden. Der Kern eines casus belli auf den sie sich einigen konnten war der irakische Besitz von Massenvernichtungsmitteln. Nachdem dies geklärt war, wurde es zur virtuellen Realität der Regierung, dass diese Waffen existierten, selbst wenn die CIA, die Defense Intelligence Agency [DIA] und die Inspektoren der Vereinten Nationen sie nicht gefunden haben.“ (2)

Offensichtlich bestimmte ausschließlich die interne und externe Akzeptanz, dass die Massenvernichtungsmittel zur Kriegslegitimation herangezogen wurden. Andere Begründungen standen nicht zur Verfügung und die wahren Gründe – die Wolfowitz in seinem Interview auch benennt, doch hierzu später – wären innenpolitisch und schon gar nicht international akzeptiert worden. Dieses instrumentelle Verhältnis gegenüber der Legitimation eines Angriffskrieges, gipfelt in der Tatsache, dass dem Wahrheitsgehalt dieser Begründung keinerlei Beachtung geschenkt wird.

Im Gegenteil, es wird immer klarer, dass die Öffentlichkeit bezüglich den irakischen Massenvernichtungsmitteln von der Neokonser-

vativen Regierungsclique um Wolfowitz gezielt belogen wurde. Ein Umstand der inzwischen in den USA erheblichen Wirbel verursacht.

### Die Konstruktion eines Kriegsgrundes

„Kurz gesagt: Es gibt keinen Zweifel, dass Saddam Hussein jetzt über Massenvernichtungsmittel verfügt“, erklärte Vizepräsident Dick Cheney im August letzten Jahres. Noch am 30. März 2003 versicherte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „Wir wissen wo die irakischen Massenvernichtungsmittel sind.“ (3) Trotz dieser selbstsicheren Aussagen konnten die USA bis heute nicht den kleinsten Beweis für deren Existenz erbringen. Anscheinend hat man hierfür auch nicht mehr allzu viel Hoffnung, die meisten Teams zum Aufspüren der Massenvernichtungsmittel wurden bereits wieder aus dem Irak abgezogen. Dass diese Teams durch „Spezialisten“ aus dem Pentagon ersetzt werden sollen, verbunden mit der strikten Weigerung der US-Regierung, neutralen UNO-Inspektoren zu erlauben etwaige Waffenfunde zu verifizieren, lässt vermuten, dass die nächste Lüge bereits in der Mache ist. (4)

Auffällig war auch schon seit längerem, dass die beiden wichtigsten US-Geheimdienste, CIA und DIA, die Einschätzung der US-Regierung nicht teilten. So kam die DIA im September 2002 zu dem Schluss, dass „es keine verlässlichen Informationen gibt, dass der Irak chemische Waffen produziert und lagert.“ Zur selben Zeit erklärte Rumsfeld dem US-Kongress dass Bagdad „heimlich große Mengen chemischer Waffen, inklusive VX, Sarin, Zyklusarin und Senfgas, angehäuft hat.“ (5)

Da die Geheimdienste die gewünschte Kriegsbeurteilung nicht lieferten gründete Donald Rumsfeld letztes Jahr seine private Spionageagentur, das Office of Strategic Plans (OSP) unter Aufsicht von Wolfowitz und Staatssekretär William Luti. Das OSP erfüllte seinen Zweck und verdrängte schnell CIA und DIA als wichtigste nachrichtendienstliche Quelle der US-Regierung. (6)

Laut Patrick W. Lang, ehemaliger Direktor für Mittelostanalysen der DIA, „begann“ das OSP „sich Dinge herauszupicken, die ihre Thesen unterstützten und sie in Argumente einzubauen, die sie gegenüber dem Präsidenten verwenden konnten. [...] Das ist keine Geheimdienstarbeit, das ist politische Propaganda.“ (7) Die meisten seiner Informationen bezog das OSP von der irakischen Exilopposition (INC) deren Chef Achmed Chalabi seit Jahren ein enger Freund der Neokonservativen ist. Da beide Gruppen ein Interesse am Sturz Saddam Husseins besaßen, haben sie sich gesucht und gefunden. Dass die „Informationen“ des INC bestenfalls fragwürdig meist aber nachweislich falsch waren störte da auch nicht weiter. Auch hier wurde das Prinzip Wolfowitz angewandt: Der Zweck heiligt die Mittel: „Der INC hat eine langes Vorstrafenregister im manipulieren von Informationen, weil er eine Agenda besitzt. Er ist eine politische Gruppe – keine Nachrichtenagentur.“ (8)

Selbst Außenminister Colin Powell (ver)zweifelte an der Beweiskraft der Argumente gegen Saddam Hussein. Als er erstmals die gesammelten und von ihm später dennoch vorgebrachten Anklagepunkte seiner zentralen Rede vor dem UNO-Sicherheitsrat Anfang Februar zu Gesicht bekam, pfefferte der sonst ruhige General wütend seine Blätter in die Luft: „Ich werde das nicht vorlesen. Es ist bullshit.“ (9)

Derweil eskaliert derzeit der Streit zwischen den Geheimdiensten und den Neokonservativen. Die Kritik aus den Reihen der Geheimdienste wird immer schärfer. Beispielhaft ist hier die Aussage eines CIA-Offiziers: „Anstatt dem Präsidenten die beachtenswertesten und am besten geprüften verfügbaren Informationen zu geben, gibt man ihm hauptsächlich Müll. Und dann, wenn es in ein paar Tagen klar ist, dass es möglicherweise nicht

korrekt war, na ja, dann füttert man ihn mit mehr Müll.“(10) Ein an George W. Bush adressiertes Memorandum einer Gruppe Geheimdienstler zeigt das Ausmaß der Verstimmung. Sie fühlen sich durch das Vorgehen des OSP in ihrer „Spitzelchre“ gekränkt: „Sie mögen das Ausmaß der Erregung innerhalb der Nachrichtendienste und insbesondere der CIA nicht bemerken. Bei den Nachrichtendiensten gibt es eine unverzeihliche Sünde, das ‚zusammenkochen von Informationen nach dem Rezept der hohen Politik.‘“ Das Memorandum kritisiert weiter: „Während es auch in der Vergangenheit Fälle gab in denen nachrichtendienstliche Erkenntnisse absichtlich für politische Ziele verzerrt wurden, um unsere gewählten Repräsentanten fälschlich dazu zu verleiten, ihre Stimme für eine Autorisierung zum Krieg zu geben, geschah dies niemals zuvor auf solch systematische Weise.“

Allerdings dürften die Dienste mindestens ebenso erbost darüber sein, dass sie gegenüber dem OSP immer mehr an Einfluss und Macht auf die US-Politik verlieren. Wolfowitz nahm den Fehdehandschuh auf und ging seinerseits in die Offensive: CIA-Analysen „sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben werden.“(11) Obwohl die Neokonservativen verbissen an ihrer Version der Realität festhalten, wird diese immer häufiger in Frage gestellt: „Zum ersten mal in der Geschichte, sucht Amerika nach einem Grund, weshalb es in den Krieg zog, nachdem der Krieg beendet ist.“(12) Die Tatsache, dass sich der offizielle Kriegsgrund nicht nur als nichtig sondern als bewusst konstruiert herausgestellt hat, ist ein politischer Skandal erheblichen Ausmaßes. Ein DIA-Offizier, der mit sämtlichen Geheimdienstinformationen zum Irak vertaut ist, gab schlicht an, dass „das amerikanische Volk manipuliert wurde.“(13) Derzeit wird versucht die ganze Angelegenheit herunterzukochen. Alles halb so wild sagt sich beispielsweise John McCain, einer der vehementesten Kriegsbefürworter: „Das amerikanische Volk unterstützt was der Präsident tat, ob wir diese Waffen finden oder nicht. Und sie taten dies von dem Tag ab als sie 9- und 10-jährige Kinder aus einem Gefängnis in Bagdad kommen sahen.“(14) Ungeachtet der Tatsache, dass Wolfowitz klarstellte, dass für Menschenrechte keine amerikanischen Leben aufs Spiel gesetzt werden, ist es auch alles andere als belanglos, wenn die Öffentlichkeit in der Frage von Krieg und Frieden über die Motive der US-Politik derartig systematisch belogen wird.

Zum Glück scheint sich augenblicklich abzuzeichnen, dass die US-Regierung keineswegs so ungeschoren aus ihrem Lügegebäude herauskommt, wie sie es sich erhofft. So berichten auch große Zeitungen extrem kritisch über die zweifelhafte „Informationen“ des OSP. Sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus sollen in Kürze Anhörungen zu den nachrichtendienstlichen Erkenntnissen der US-Regierung im Bezug auf den Irak stattfinden.(15) Ein Kongressmitarbeiter gibt an, die Angelegenheit sei „sehr ernst. Wenn sich zeigt, dass wir aufgrund von Informationen in den Krieg zogen, die von der Administration zusammengekocht wurden, werden Köpfe rollen müssen, und zwar keine kleinen Köpfe, große.“(16) Da der ganze Schwindel nur schwer ohne Wissen Bushs vor sich gegangen sein konnte, fordern einige Juristen fordern bereits dem Präsidenten die Vertrauensfrage zu stellen.(17)

So weit wird es wohl bedauerlicherweise nicht kommen. Ein anderer Kongressmitarbeiter wird folgendermaßen zitiert: „Einige Kongressmitglieder beginnen sich zu wundern. [Aber] für Viele macht es wenig Unterschied. Wir haben einen fiesen Typen ausgelöscht und das irakische Volk befreit. Einige sind scharfsinnig genug, zu erkennen, dass die angebliche, unmittelbare Massenvernichtungsmittelgefahr für die Vereinigten Staaten nur ein Vorwand war. Wenn Freunde oder Verwandte ungläubig nach den fehlenden Massenvernichtungsmitteln fragen muss ich mich manchmal kneifen und daran erinnern, dass normale Menschen die Vorstellung haben, dass es dort Berge von dem Zeug gibt. [...] Je mehr Zeit vergeht, desto

mehr Menschen werden sich darüber wundern, aber ich denke nicht, dass es die öffentliche Meinung in den USA stark tangieren wird. Jeder liebt es auf der Seite der Gewinner zu stehen.“(18)

Wenn sich diese Ansicht bewahrheiten sollte, dürfte sich das Muster des Irak-Krieges wiederholen. Die neuesten Statements zum Iran lösen unweigerlich ein Déjà Vu aus: „Natürlich sind hohe Al-Kaida-Mitglieder im Iran“, weiß einmal mehr Donald Rumsfeld zu berichten. Bill Kristol, Herausgeber des Neokonservativen Sprachrohrs The Weekly Standard, schlägt schon die Kriegstrommeln: „Tatsächlich ist bin Ladens Sohn möglicherweise im Iran. Und dies scheint der Ort zu sein, an dem sie Al-Kaida wiederaufbauen. Zudem ist der Iran ein großer Förderer des Terrorismus. [...] Wollen sie mit dem Iran ernst machen?“(19) So steht zu hoffen, dass wenigstens folgende Einschätzung zutreffen wird: „Die zunehmende internationale Debatte über die Art und Weise wie Washington und London nachrichtendienstliche Erkenntnisse benutzten um den Krieg zu rechtfertigen, könnte weitreichende Auswirkungen haben. Sie könnte es den Vereinigten Staaten schwerer machen eine Rechtfertigung für künftige präemptive Aktionen gegen Staaten zu finden von denen angenommen wird sie hätten Verbindungen zu Terroristen.“(20)

Der ehemalige britische Außenminister Robin Cook erhebt ebenfalls schwere Anschuldigungen. „Es gab keine harten nachrichtendienstlichen Erkenntnisse über ein aktuelles Waffenprogramm, die eine neue und überzeugende Gefahr für unsere Interessen dargestellt hätten.“(21) Nachdem er die zahlreichen überzeugenden Argumente rekapituliert, weshalb vom Irak nie eine Gefahr ausging(22), führt er weiter aus: „Es ist unglaublich, dass niemand im Pentagon Donald Rumsfeld diese grundlegenden Wahrheiten mitteilte, oder es zumindest versuchte. Also weshalb schuf er einen Kriegsgrund auf Basis falscher Beschuldigung über Saddams Fähigkeiten? Da betritt rechts – weit rechts – sein Stellvertreter, Paul Wolfowitz, die Szenerie, ein Mann mit solch grimmig reaktionären Vorstellungen, dass er für seine Abteilung zumindest den Vorteil besitzt Rumsfeld als vernünftig erscheinen zu lassen.“(23)

### Worum es wirklich ging

Natürlich war sich Wolfowitz als Leiter des OSP völlig darüber im Klaren, dass vom Irak keine Gefahr ausging. Im Gegenteil: „Die Wahrheit ist, dass die Vereinigten Staaten sich entschlossen den Irak zu attackieren, nicht weil er eine Gefahr darstellte, sondern weil sie wussten, dass er schwach war und sie davon ausgingen, dass sein Militär kollabieren würde.“(24)

Der Grund hierfür liegt in dem Bestreben die wichtige, weil ölfreiche Region des Persischen Golfes militärisch zu kontrollieren. Ein zentraler Baustein hierfür waren lange die US-Truppenstationierungen in Saudi-Arabien. Allerdings trafen diese dort auf zunehmenden Widerstand, - zuletzt kündigte Kronprinz Abdullah im Februar an, in Kürze deren Abzug zu fordern - weshalb sich die Frage nach einem alternativen Aufmarschgebiet zur Machtprojektion in der Region immer stärker in den Vordergrund drängte.

Da diese US-Truppen im heiligsten muslimischen Land – dort liegen Mekka und Medina – als Entweihung durch Ungläubige betrachtet wurden, trugen sie auch maßgeblich zur Radikalisierung weiterer Teile der muslimischen Welt bei. Sie erhöhten zudem die Gefahr einer islamischen Revolution gegen das saudische Herrscherhaus, aufgrund deren Kollaboration mit den USA, was automatisch eine anti-amerikanische Politik des Landes nach sich ziehen würde. Da auch das Regime in Riad aus reinem Selbsterhaltungstrieb – aber auch aufgrund zunehmender Konflikte mit Washington, Stichworte sind hier Ölpreis und Ölembargodrohungen - massiv auf einen Truppenabzug drängte, wären diese nur mittels einer offenen militärischen Besetzung des Landes zu

halten gewesen. Ein hierfür erforderlicher Krieg gegen Saudi Arabien war aber aufgrund Riads Rolle als mit Abstand wichtigstem und bis zum Irak-Krieg alternativlosem Weltöllieferant unmöglich. Die Folgen eines solchen Angriffes für die US-Ökonomie wären fatal gewesen.(25)

Allerdings kam ein Abzug ohne die Möglichkeit sich in einem anderen zentralen Land der Region militärisch festsetzen zu können, aufgrund der strategischen Interessen Washingtons ebenso wenig in Frage. In seinem Vanity Fair-Interview legte Wolfowitz das Kalkül des US-Krieges offen: „Nun sind viele Dinge anders und eine Sache, die fast unbemerkt geblieben ist – aber sie ist wichtig – ist, dass [...] wir jetzt fast alle unsere Truppen aus Saudi Arabien abziehen können.“(26) Tatsächlich kündigte Washington Ende April 2003 die Reduzierung der US-Truppen in Saudi-Arabien ebenso wie die langfristige militärische Besetzung des Iraks an(27). Diese Truppen sollen fortan den aus US-Sicht notwendigen Druck auf die Staaten der Region erzeugen, damit sich deren Ölpolitik nicht gegen US-Interessen richtet.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich Riad nicht ebenfalls in Kürze auf Washingtons Abschussliste wiederfinden könnte. Dem saudischen Königshaus soll lediglich innenpolitischer

Spielraum verschafft werden, künftig die US-Vorgaben umsetzen zu können, ohne dass dies die sowieso große Gefahr einer islamischen Revolution weiter erhöht.

Für den Fall, dass Riad dem nicht nachkommen sollte steht mit dem Irak in Zukunft ein alternativer Ölversorger zur Verfügung. Da bis zum US-Krieg aufgrund der UNO-Sanktionen so gut wie kein irakisches Öl gefördert wurde, ebnet er den Weg, Saudi Arabien vor die Wahl zu stellen: Befolgung der US-Vorgaben oder – nachdem das irakisches Öl wieder reichlich auf den Weltmarkt fließt und Riads Einfluss auf den Weltölmarkt schwächt – Ersetzung durch eine US-Interessen freundlicher gesinnte Regierung.

Ein Briefing vor dem das Pentagon beratende Defense Policy Board, bezeichnete Saudi-Arabien bereits als „Kern des Bösen“ und drohte dem Land, jegliche Kritik an der US-amerikanischen Außenpolitik einzustellen, „oder sich der Besetzung seiner Ölfelder gegenüberzusehen.“(28)

Somit war der Krieg gegen den Irak ein wichtiges Element einer breiter angelegten Strategie, die von der US-Regierung euphemistisch als „Transformation des Mittleren Ostens“ bezeichnet wird. In der Praxis heißt dies jedoch nichts anderes, als dass jedem Land der Region ein Angriff Washingtons droht, das nicht bereit ist sich der Interessenspolitik der einzigen Weltmacht zu unterwerfen.

(1) Deputy Secretary Wolfowitz: Interview with Sam Tannenhaus, Vanity Fair, United States Department of Defense, News Transcript, 09.05.03.

(2) Pfaff, William, White House war ‚spin‘ entangles Downing Street, IHT, 05.06.03.

(3) Lobe, Jim, The truth, the whole truth and nothing but..., Asia Times Online, 04.06.03.

(4) Linzer, Dana: U.S. hunt for Iraqi banned weapons slows, AP, 09.06.03.

(5) Lobe: The truth, the whole truth and nothing but...

(6) Hersh, Seymour M.: Selective Intelligence, in: The New Yorker, 05.05.03.

(7) Lobe, Jim: WMD: Will the real culprit stand up, Asia Times Online, 29.05.03.

(8) Hersh: Selective Intelligence.

(9) Lobe: The truth, the whole truth and nothing but...

(10) Kristof, Nicholas: Who will rescue American spies?, IHT, 31.05.03.

(11) Veteran Intelligence Professionals for Sanity: Intelligence Fiasco: Memorandum to President Bush, 02.05.03.

(12) Dowd, Maureen: When the truth got in the way of war, IHT, 05.06.03.

(13) Kristof: Who will rescue American spies?

(14) Dowd: When the truth got in the way of war.

(15) Auch in Großbritannien soll es eine Untersuchung des Foreign Affairs Select Committee über einen möglichen Missbrauch von Erkenntnissen geben.

(16) Lobe: The truth, the whole truth and nothing but...

(17) Dean, John W.: Missing Weapons Of Mass Destruction: Is Lying About The Reason For War An Impeachable Offense? FindLaw's Legal Commentary, 06.06.03.

(18) Hersh: Selective Intelligence.

(19) Dowd, Maureen: Iran, Al Queda and weapons of mass destruction, IHT, 26.05.03.

(20) Knowlton, Brian: U.S. stands by Iraq intelligence, IHT, 05.06.03.

(21) Cook, Robin: Britain must not let Iran become the next Iraq, IHT, 04.06.03.

(22) Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Krieg mit und gegen die UNO, IMI-Analyse 2002/072, 18.09.02; Pitt, William Rivers/Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak, Köln 2002.

(23) Cook: Britain must not let Iran become the next Iraq.

(24) Ebd.

(25) Vgl. Wagner, Jürgen: Irak als Vorspiel: Die „Logik“ der US-Ölstrategie, IMI-Studie 2003/04.

(26) Deputy Secretary Wolfowitz: Interview with Sam Tannenhaus.

(27) Vgl. Knowlton, Brian: U.S. to pull troops from Saudi Arabia, IHT, 30.04.03.

(28) Ricks, Thomas E.: U.S. advisers see Saudis as enemies, IHT, 07.08.02.

Jürgen Wagner ist IMI-Vorstandsmitglied und Autor des Buches *Das ewige Imperium – Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor*, Hamburg 2002.



# Wiederaufnahme der Atomwaffenforschung in den USA

von Dirk Eckert

## Vorgesehen ist die Entwicklung von taktischen Atombomben im Rahmen der veränderten Sicherheitsstrategie

Die US-Army sucht immer noch nach Atomwaffen im Irak - bisher vergeblich. Währenddessen fand in Genf eine Konferenz der Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages statt. Neben Nordkorea standen dort vor allem die Vereinigten Staaten in der Kritik (George W. Bush als Pik As [1]). Nicht ganz zu Unrecht, denn die Bush-Regierung will die nach dem Kalten Krieg eingefrorene Atomwaffenproduktion wieder aufnehmen und bricht damit nicht nur die Abrüstungsverpflichtung gemäß Atomwaffensperrvertrag. Geplant ist, eine ganz neue Generation von Atombomben aufzubauen: Kleine, taktische Bomben, sogenannte Mini-Nukes, die gegen Bunkeranlagen in Schurkenstaaten eingesetzt werden können (Das Pentagon will neuartige taktische Atombomben [2]). Das könnte einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf in Gang setzen, fürchten die Kritiker.

Das Gesetz für den Verteidigungshaushalt 2004 wird gerade im Kongress beraten, das „Senate Armed Services Committee“ hat den 400-Milliarden-Dollar-Haushalt bereits gebilligt. Auch das „House Armed Services Committee“ stimmte den Plänen der Bush-Administration am 14. Mai weitgehend zu. Der Ausschuss des Repräsentantenhauses billigte die Erforschung von Mini-Nukes, machte den Befürwortern der atomaren Hochrüstung aber insofern einen Strich durch die Rechnung, als er Produktion dieser Bomben nicht freigab [3].

Letztlich sehen [4] die Demokraten, von denen einige die atomaren Rüstungspläne vehement ablehnen, aber wenig Chancen, das Produktionsverbot beibehalten zu können. Schließlich haben Bushs Republikaner in beiden Häusern die Mehrheit und werden den 400-Milliarden-Haushalt schon durch den Kongress bekommen. In dem neuen Haushalt sind für atomare Rüstung u.a. vorgesehen [5]:

Δ 320 Millionen Dollar für die Herstellung der zur Atombombenproduktion nötigen Plutonium-Pits, von denen die nukleare Kettenreaktion ausgeht. Erst Ende April hat die Bush-Regierung wieder mit der Produktion von Pits begonnen (Neustart der US-Atomwaffen-Produktion [6]), die

1989 beendet und 1993 offiziell eingestellt worden war.

Δ 135 Millionen Dollar für die Produktion von Tritium.

Δ 25 Millionen Dollar für den Ausbau des Testgeländes in Nevada, so dass Tests in Zukunft innerhalb von 18 Monaten durchgeführt werden können. Bisher beträgt die nötige Vorbereitungszeit 3 Jahre.

Insgesamt sollen nächstes 6,4 Milliarden Dollar für Atomwaffen ausgegeben [7] werden - mehr als doppelt so viel wie 1995, als die Aufwendungen auf dem historischen Tiefststand von 3 Milliarden Dollar waren.

Als sich Ende April bis Anfang Mai die Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages in Genf trafen, um die nächste Konferenz zur Überprüfung des Vertrages im Jahr 2005 vorzubereiten, hagelte es denn auch Kritik [8] an der US-Regierung. Die US-Politik mache „den Einsatz von Atomwaffen glaubwürdiger, indem ‚leichter einsetzbare‘ Atomwaffen entworfen werden und Atomwaffen in ein breites Spektrum militärischer Fähigkeiten integriert werden“, kritisierte Victor Sidel von den International Physicians for the Prevention of Nuclear War [9]. „Diese Veränderung bedeutet ein Verstoß gegen die Verpflichtung zur Abrüstung gemäß Atomwaffensperrvertrag und setzt Nicht-Atomwaffenstaaten unter Druck, selbst Nuklearwaffen anzuschaffen.“ Laut Atomwaffensperrvertrag sind die Staaten, die als Atomwaffenstaaten anerkannt sind - also China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA - zur Abrüstung verpflichtet.

Zwar sind die USA nicht die einzigen, die den Atomwaffensperrvertrag untergraben - Nordkorea hat den Vertrag aufgekündigt -, aber die „International Physicians for the Prevention of Nuclear War“ lassen keinen Zweifel daran, wer für diese Entwicklung verantwortlich [10] ist: „Heute ist die treibende Kraft hinter der gefährlichen Tendenz zur Weiterverbreitung in andere Länder die Nuklearpolitik der Vereinigten Staaten, die die Bush-Regierung in ihrer ‚Nuclear Posture Review‘ und in Budgetforderungen an den Kongress seit 2001 deutlich ausgesprochen hat.“

Die kritischen Wissenschaftler verweisen dabei darauf, dass in dem Strategiepapier „Nuclear Posture Review“, das im Frühjahr

2002 der Öffentlichkeit zugespielt wurde, fünf Staaten als potenzielle Ziele von US-Atomwaffeneinsätzen genannt würden, die selbst keine Atomwaffen besitzen (Pentagon plant Nuklearkrieg und den Einsatz taktischer Nuklearwaffen [11]). „Solche Zielplanungen würden klar das Prinzip der ‚negativen Sicherheitsgarantien‘ verletzen“. Bisher hatten die fünf offiziellen Atomwaffenmächte Erklärungen abgegeben, niemals Atomwaffen gegen Nicht-Atomwaffenstaaten einzusetzen. Diese Garantien gelten als Voraussetzung für das Funktionieren des Atomwaffensperrvertrages.

Tatsächlich ist die US-Regierung längst vom Konzept der „Non-Proliferation“ von Atomwaffen abgekommen [12]. Statt auf Verhandlungen und Kontrollregime setzt Washington seit der im November 1997 von Präsident Clinton unterzeichneten „Presidential Decision Directive“ Nr. 60 (PDD 60 [13]) auf „Counter-Proliferation“, was militärische Aktionen mit einschließt. Mit der „Nuclear Posture Review“ wurden sogar Präventivschläge autorisiert.

Kriegt die Bush-Administration jetzt noch ihr Haushaltsgesetz durch den Kongress, steht der Entwicklung der sogenannten „earth-penetrating bomb“, die gegnerische Bunkeranlagen zerstören kann, nichts mehr im Wege. „Eine gefährliche Richtung“ nannte [14] es der demokratische Senator Jack Reed, Atomwaffen eine taktische Bedeutung zu geben. Der Republikaner John Warner, verteidigte dagegen die neue Atompolitik: „Amerika hat dieses Forschungsverbot seit 1993, aber das hat andere Länder nicht daran gehindert, sich Atomwaffen anzuschaffen.“

„Die Vereinigten Staaten begegnen der Herausforderung durch sogenannte nukleare Schurken, indem sie sich selbst wie einer benehmen“, hielt James Carroll, Kolumnist des Boston Globe [15], dem entgegen. Er kritisierte, „einsetzbare“ Mini-Atombomben würden den Unterschied zwischen nuklearen und konventionellen Waffen verwischen und die Bedeutung der Atombombe als „absolute Waffe“, die nie eingesetzt werden darf, relativieren.

Links

[1]<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14723/1.html>

[2]<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14109/1.html>

[3]<http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?f=/chronicle/a/2003/05/15/MN191523.DTL>

[4]<http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?f=/chronicle/a/2003/05/16/MN280638.DTL>

[5]<http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?f=/chronicle/a/2003/05/11/MN16775.DTL>

[6]<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14666/1.html>  
 [7]<http://www.latimes.com/la-na-n>  
 [8]<http://www.unfoundation.org/unw>  
 [9]<http://www.ippnw.org>  
 [10]<http://www.ippnw.org/Nuke-NPTPrepCom2003.html>  
 [11]<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/12047/1.html>  
 [12]<http://www.bits.de/public/pdf/>

bunker.pdf  
 [13]<http://www.inesap.org/bulletin15/bul15art16.htm>  
 [14]<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3025737.stm>  
 [15]<http://www.boston.com/dailygl>

Dirk Eckert ist IMI-Beirat und freier Journalist in Köln.

Die immensen Ölvorkommen der Länder des Persischen Golfes sind der Grund, dass deren Kontrolle seit Jahrzehnten eines der zentralen strategischen Ziele der US-Außenpolitik darstellt. Seit Ende des zweiten Weltkriegs verfolgte Washington hierzu die sogenannte Zwei-Säulen-Politik: Über die Marionettenregime in Saudi-Arabien und im Iran, wurde auf eine indirekte Kontrolle der Region gesetzt, während man die

der Gründung der Rapid Reaction Force, einer eigens für Interventionen in der Golfregion zuständigen schnellen Eingreiftruppe, die Mitte der 80er Jahre ins US-CENTRAL COMMAND überführt wurde. Hiermit untermauerten die USA ihren Willen, zur Wahrung ihrer Interessen in der Region, offen auf Gewalt zu setzen.

Das einzige was lange Zeit fehlte, waren permanente Militärbasen, um den aus US-

für die US-Interessen wie der Irak darstellen. Und selbst falls sich die US-iranischen Beziehungen verbessern sollten, wäre die Beibehaltung vorwärts-stationierter Truppen aufgrund der langfristigen amerikanischen Interessen in der Region, weiterhin ein zentrales Element der US-Sicherheitsstrategie.“

Laut dem Strategic Studies Institute (März 2003) „müssen die Vereinigten Staaten ihre Sicherheitsfunktion in einem Post-Saddam Mittleren Osten konsolidieren. Diese Präsenz wird helfen potenzielle Aggressoren wie den Iran zu kontrollieren und es den Vereinigten Staaten erlauben auf interne und externe Gefahren für die Energiereserven des Mittleren Ostens zu reagieren.“ Ähnlich äußerte sich ein Papier des dem Pentagon nahestehende Institute for National Strategic Studies vom September 2002: „Aufgrund seiner strategischen Lage, der Rolle auf dem globalen Energiemarkt und der Verwundbarkeit gegenüber anderen Gefahren, bedeutet selbst ein erfolgreicher Regimewechsel im Irak nicht, dass die Vereinigten Staaten ihr militärisches Engagement am Persischen Golf einfach beenden können. Kurz gesagt, Saddam zu entfernen ist kein Allheilmittel. Für die US-Rolle als Schutzmacht am Golf gibt es kein Entrinnen. Somit benötigen die Vereinigten Staaten ein realisierbares Konzept, wie ihre Vorwärtspräsenz auf lange Sicht erhalten werden kann.“

Deshalb forderte Tommy Franks, Oberkommandierender des CENTRAL COMMAND, laut der Nachrichtenagentur AFP, nun ein „Neuarrangement des Fußabdrucks“ der US-Armee am Persischen Golf. „Wir müssen jetzt sehen, welche Art von Fußabdruck für uns die größte Rendite bringt.“ US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat vor kurzem klargestellt, dass US-Truppen auch weiterhin die im Kontext der Kriegsvorbereitungen gegen den Irak errichteten Basen in Kuwait, Oman, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten beibehalten werden.

„Jetzt, da wir sie besitzen, wollen wir sie auch nutzen“, äußerte sich Franks. Allerdings ist es seit langem erklärte US-Strategie in mindestens einem der großen Golfländer (Iran, Irak, Saudi Arabien) ebenfalls eine

## Here to stay Washington richtet sich auf eine dauerhafte Militärpräsenz im Irak und der Region ein

von Jürgen Wagner

direkte Militärpräsenz den Briten überließ.

Vier Ereignisse änderten diese Strategie: Der Abzug der englischen Truppen 1971; Die zwei Ölkrisen der 70er Jahre, verbunden mit dem OPEC-Embargo und dessen katastrophalen Auswirkungen auf die US-Wirtschaft; Der Sturz des Schahs durch die iranische Revolution von 1979; Und der im selben Jahr erfolgte sowjetische Einmarsch in Afghanistan.

Diese Entwicklungen veranlassten Henry Kissinger, damals engster Berater Richard Nixons, zu einer Erkenntnis, die fortan als Leitlinie der US-Politik in der Region diente: „Das Öl ist zu wichtig, als dass man es den Arabern überlassen kann.“ Es blieb Nixons Nachfolger Jimmy Carter vorbehalten am 23. Januar 1980, in der nach ihm benannten Doktrin, den Schritt zum direkten militärischen Kontrollanspruch offiziell zu verkünden: „Der Versuch irgendeiner außenstehenden Macht die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet [und] mit allen notwendigen inklusive militärischen Mitteln zurückgeschlagen werden.“

Begleitet wurde diese Ankündigung von

Sicht notwendigen Druck auf die Länder des Persischen Golfes ausüben zu können. Dies änderte sich bekanntlich mit dem ersten US-Krieg gegen den Irak Anfang der 90er. Große Truppenkontingente blieben in der Folge vor allem in Saudi Arabien stationiert, angeblich als Schutz vor einer irakischen Aggression.

Dies war jedoch nie der eigentliche Grund, wie ein Strategiepapier des Project for the New American Century (PNAC), dem einflussreichsten Sammelbecken der die US-Politik dominierenden Hardliner zeigt.

Im September 2000 schrieben dort mehrere heutige Regierungsmitglieder: „Tatsächlich haben die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten eine dauerhaftere Rolle in der regionalen Sicherheitskonstellation des Golfes angestrebt. Während der ungelöste Konflikt mit dem Irak hierfür die unmittelbare Rechtfertigung liefert, geht die Notwendigkeit einer substanziellen amerikanischen Truppenpräsenz über die Frage des Regimes von Saddam Hussein hinaus. [...] Vom amerikanischen Standpunkt würde der Wert solcher Basen [am Golf] fortbestehen, selbst wenn Saddam von der Szene abtreten sollte. Langfristig könnte der Iran ohne weiteres eine ebenso große Gefahr

relevante Präsenz zu besitzen.

Vor allem seit Saudi-Arabien nicht länger gewillt ist, die US-Truppen im Land länger hinzunehmen, - zuletzt kündigte Kronprinz Abdullah im Februar an, in Kürze deren Abzug zu fordern - benötigen die USA deshalb den Irak als alternatives Aufmarschgebiet zur Machtprojektion in der Region. Tatsächlich kündigte Rumsfeld Ende April eine drastische Reduzierung der US-Truppen in Saudi Arabien an. Somit verwundert es kaum, dass die New York Times berichtete, Washington plane einige seiner Militärbasen im Irak längerfristig zu behalten. „Es wird irgend eine Art langfristiger Verteidigungsbeziehungen ähnlich denen mit Afghanistan geben,“ zitiert die Zeitung ein hohes Regierungsmitglied. Was das genau heißt verdeutlichte Franks, der die Dauer des US-Aufenthaltes in Afghanistan mit der inzwischen fünfzigjährigen US-Präsenz in Südkorea verglich.

Schon vor dem US-Angriffskrieg gegen den Irak gab Scott R. Feils als Sachverständiger gegenüber dem Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten an, 75.000 US-Truppen würden mindestens 5-10 Jahre im Land stationiert bleiben. Michael O'Hanlon von der Brookings Institution schätzte die Zahl sogar auf 100.000.

Beim jüngsten Krieg ging es ebenso wie bei den Truppenstationierungen in Saudi Arabien nie um eine Bedrohung durch Saddam Hussein, sondern um die Sicherstellung des US-amerikanischen Kontrollanspruchs in der Region. Denn obwohl das einzige offizielle Argument für die US-Militärpräsenz am Persischen Golf, die von Saddam Hussein ausgehende Gefahr, mit dessen Sturz null und nichtig geworden ist, richten sich die USA auf ein dauerhaftes Engagement ein. Langfristig dürfte die Zahl der US-Truppen im Irak zwar sinken (derzeit ist die Rede von zwei Divisionen, also 32-34.000 Soldaten), eins aber ist sicher: Nun, da Washington sich endlich Militärbasen im Irak verschaffen konnte, werden die US-Truppen nicht wieder abziehen.

Mit der militärischen Kontrolle der Region verfolgt Washington drei Ziele. Erstens sichert man sich so - in Zeiten immer knapper werdender weltweiter Ölvorräte - die alleinige Kontrolle über die dortigen Ressourcen (externe Gefahren). Zweitens soll die militärische Drohkulisse verhindern, dass sich der Einfluss der Länder des Persischen Golfes auf den Weltölmarkt - insbesondere was den Ölpreis anbelangt - gegen US-Interessen richtet. Und schließlich wird eine feste Präsenz benötigt, um rasch auf US-feindliche Umsturzversuche in Saudi Arabien, im Irak und anderen Ländern der Region reagieren zu können. Vor allem weil die US-Besatzungspolitik die Wahrchein-

lichkeit hierfür deutlich erhöht (interne Gefahren). Dies ist nur über eine verschärfte Kontrolle des Iraks erreichbar. Thomas Friedman, außenpolitischer Chefkorrespondent der New York Times, stellte klar, dass „der Irak mit eiserner Faust von den USA und deren Verbündeten kontrolliert werden wird.“

Selbstredend soll dies auch direkt zur Ausbeutung des Landes genutzt werden. Mit Jay Garner, einem Protegé von Verteidigungsminister Rumsfeld, hatten die USA bereits kurz nach dem Krieg ihren Statthalter im Irak eingesetzt. Zwar wurde Garner aufgrund interner Querelen zwischen Verteidigungs- und Außenministerium, inzwischen durch Paul Bremer ersetzt, aber auch dieser wird sicherstellen, dass die lukrativen Verträge für den Wiederaufbau der von den USA zerstörten Infrastruktur bei US-Firmen wie Bechtel oder Halliburton landen, deren nahezu symbiotische Beziehungen zur Bush-Administration ja bestens bekannt sind.

Hierfür hat Washington darauf geachtet, dass die irakischen Schlüsselindustrien, der US-Kontrolle unterstellt werden. Von besonderem Interesse ist hierbei natürlich die Ölindustrie des Landes. Zuständig hierfür ist der zuletzt bei der US-amerikanischen Ölfirma Exxon beschäftigte Gary Vogler, der die „Aufsicht“ über das Ölministerium übernahm. „Bis auf weiteres“ so der Spiegel zu Voglers erster Anweisung, „sei allen Mitarbeitern des Ministeriums untersagt, selbstständig operative oder personelle Entscheidungen zu treffen, bedingungslos sei den Anweisungen der Koalitionskräfte zu folgen.“

Voglers wichtigste Aufgabe dürfte die Reprivatisierung der irakischen Ölindustrie sein, die als Vorzeigemodell für Saudi Arabien und die gesamte Region erhalten soll. Ariel Cohen, von der Bush-nahen Heritage Foundation schreibt hierzu im National Interest: „Der Ausweg aus dem ökonomischen Schlamassel der irakischen Ökonomie liegt in der Privatisierung seiner im Überfluss vorhandenen Ölvermögenswerte, nicht in bürokratischem Missmanagement, wie es manche befürworten. Wenn erfolgreich, könnte Iraks Privatisierung seines Ölsektors, der Raffineriekapazitäten und Pipelineinfrastruktur, als ein Vorbild für die Privatisierung anderer OPEC-Mitglieder dienen und somit die Kartelldominanz des Weltölmarktes schwächen.“

Dieses Vorhaben soll nun wohl so schnell wie möglich umgesetzt werden: „Nach einem vertraulichen US-Fahrplan“, berichtet der Spiegel, „soll innerhalb des nächsten Jahres mit den Irakern ein Konsens über die Privatisierung der Erdölindustrie gefunden

werden. Washington schwebt dabei vor, in den folgenden drei Jahren Anteile der Iraqi National Oil Company zu vergeben.“

Obwohl die 1972 erfolgte Verstaatlichung der Ölproduktion im Irak weiterhin als antikolonialer Befreiungsakt betrachtet und eine Reprivatisierung von nahezu der kompletten Bevölkerung abgelehnt wird, ordnet Washington zielstrebig die Schritte zur Ausbeutung des Landes im Sinne der Profitinteressen seiner Ölfirmen an.

Dies bedeutet gleichzeitig aber die endgültige Abkehr von dem ohnehin nie ernst gemeinten Geschwätz einer angeblich angestrebten Demokratisierung des Landes. Denn jegliche Versuche sich gegen die Ausbeutung durch die US-Besatzer zur Wehr zu setzen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach durch die „eisernen Faust“ des US-Militärs unterdrückt werden. „Was wird passieren, wenn wir erstmals eine Wahl im Irak abhalten und es sich ergibt, dass die Radikalen gewinnen?“ fragt Brent Scowcroft, nationaler Sicherheitsberater unter Bush Senior. „Wir werden sie sicher nicht die Regierung übernehmen lassen.“ Donald Rumsfeld unterstrich: „Wir werden es der demokratischen Transformation des irakischen Volkes nicht erlauben von denjenigen in Beschlag genommen zu werden, die eine weitere Form der Diktatur installieren könnten.“ Radikal bzw. undemokratisch sind wie üblich all jene Gruppen, die nicht gewillt sind die US-Okkupation einfach hinzunehmen, demokratisch diejenigen, die nach der US-Pfeife tanzen.

PNAC-Mitglied Donald Kagan macht für diese Besatzungspolitik eine einfache Kosten-Nutzen Rechnung auf: „Wir werden möglicherweise eine große Truppenkonzentration über einen langen Zeitraum im Mittleren Osten benötigen. Das wird seinen Preis haben, aber ich denke an die Kosten nicht über sie zu verfügen. Wenn wir ökonomische Probleme haben werden diese von Störungen unserer Ölversorgung verursacht. Wenn wir Kräfte im Irak stationieren, wird es keine Unterbrechungen der Ölversorgung geben.“

---

Jürgen Wagner



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechingen Str. 203, 72072 Tübingen, [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de), Tel. 07071/49154